

N i e d e r s c h r i f t

**über die 17. - öffentliche - Sitzung (auswärtige Sitzung)
des Ausschusses für Bundes- und Europaangelegenheiten
und Regionale Entwicklung**

am 29. Februar 2024

Oldenburg, Amt für regionale Landesentwicklung Weser-Ems

Tagesordnung:

**Vorstellung des Amtes für regionale Landesentwicklung Weser-Ems durch den dortigen
Landesbeauftragten Nikolaus Jansen**

| | |
|---|----|
| <i>Das Amt und seine Aufgaben im Überblick</i> | 4 |
| <i>Die deutsch-niederländische Zusammenarbeit</i> | 24 |
| <i>Die länderübergreifende regionale Zusammenarbeit</i> | 36 |

Anwesend:

Ausschussmitglieder:

1. Abg. Anna Bauseneick (CDU), Vorsitzende
2. Abg. Björn Meyer (in Vertretung des Abg. Brian Baatzsch) (SPD)
3. Abg. Constantin Grosch (SPD)
4. Abg. Ulf Prange (in Vertretung des Abg. Jan Schröder) (SPD)
5. Abg. Guido Pott (SPD)
6. Abg. Tim Julian Wook (SPD)
7. Abg. Dr. Bernd Althusmann (CDU)
8. Abg. Christoph Eilers (CDU)
9. Abg. Uwe Schünemann (CDU)
10. Abg. Anne Kura (GRÜNE)
11. Abg. Thorsten Moriße (in Vertretung des Abg. Dennis Jahn) (AfD)

mit beratender Stimme:

12. MUDr. PHDr. / Univ. Prag Jozef Rakicky (fraktionslos)

Von der Landtagsverwaltung:

Regierungsrat Martin.

Niederschrift:

Regierungsrätin Harmening, Stenografischer Dienst.

Sitzungsdauer: 11.05 Uhr bis 13.14 Uhr.

Außerhalb der Tagesordnung:

Terminangelegenheiten

Der **Ausschuss** beschließt, die für den 28. März 2024 vorgesehene Sitzung ausfallen zu lassen.

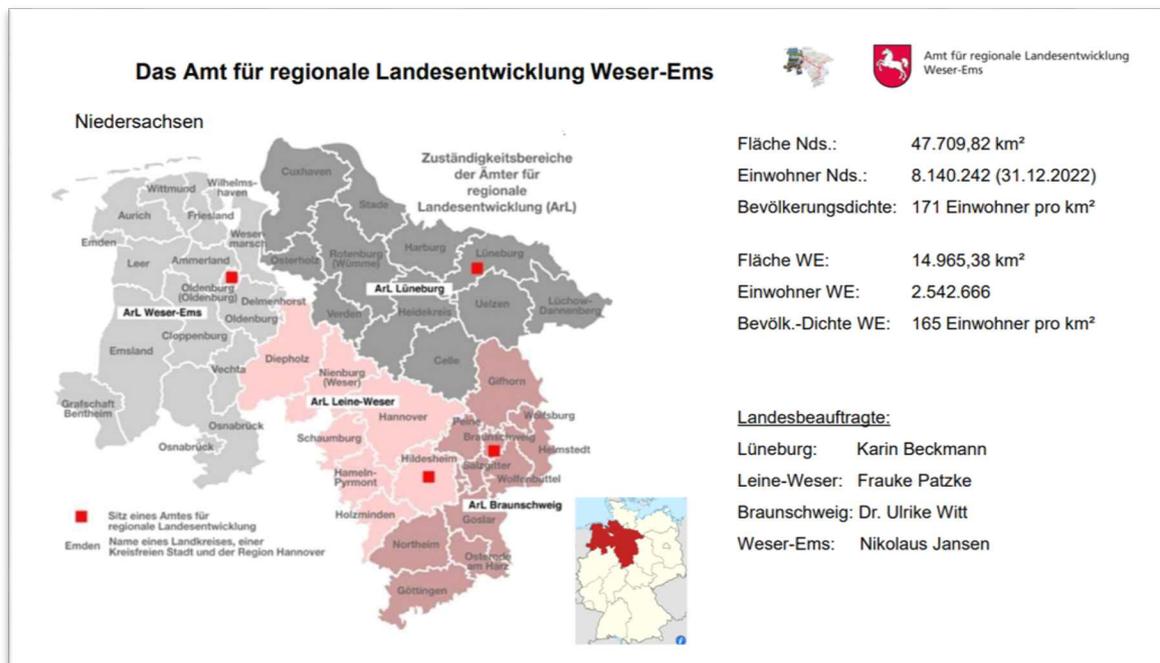
Tagesordnung:

Vorstellung des Amtes für regionale Landesentwicklung Weser-Ems durch den dortigen Landesbeauftragten Nikolaus Jansen

Nikolaus Jansen und seine Mitarbeiterinnen stellen den Ausschussmitgliedern die Arbeit des Amtes für regionale Landesentwicklung Weser-Ems anhand einer Präsentation* vor. Der Austausch verläuft im Wesentlichen wie folgt:

Das Amt und seine Aufgaben

Nikolaus Jansen: Der Zuständigkeitsbereich des Amtes für regionale Landesentwicklung liegt westlich in Niedersachsen mit einer langen Grenze zu den Niederlanden.



Die Größe entspricht quasi einem kleinen Bundesland. Rund ein Drittel der Bevölkerung lebt im Gebiet Weser-Ems.

*Die Präsentation ist dieser Niederschrift als **Anlage** beigelegt.

Das Amt für regionale Landesentwicklung Weser-Ems



Region Weser-Ems

Flächenstruktur

- 12 Landkreise und 5 kreisfreie Städte, ca. 2,5 Mio. Einwohner
- von Fläche und Einwohnerzahl vergleichbare Größenordnung wie kleinere Bundesländer (**eigene sozioökonomische Betrachtungsebene durch die EU**)
- **ländlich** geprägt, großflächig

Stärken

- vergleichsweise **dynamische Entwicklung** – von niedrigem Niveau ausgehend - in den Arbeitsmarktwerten und in der Zunahme sozialversicherungspflichtiger Beschäftigungsverhältnisse
- überdurchschnittlich ausgeprägte **KMU-Struktur**
- überdurchschnittlich **positive demografische Entwicklung** insgesamt, aber sehr heterogene Struktur

Herausforderungen

- vergleichsweise **niedriges Bildungsniveau**, geringe F+E-Intensität
- geringere Kaufkraft
- **prekäre Beschäftigungsverhältnisse**, geringere Frauenerwerbsquote
- große Herausforderungen im Bereich Umwelt und Natur

Die überdurchschnittlich stark ausgeprägte KMU-Struktur hat uns durch so manche Krise geholfen. Inhabergeführte Betriebe agieren anders als Aktiengesellschaften. Die demografische Entwicklung ist bei uns noch im positiven Bereich, was sich besonders im Bereich des Oldenburger Landes bemerkbar macht. Dort wächst die Bevölkerung, was man auch in den Schulen spürt. Dort gibt es Gymnasien, die in der fünften Klasse siebenzünftig sind.

Eine Herausforderung ist das vergleichsweise niedrige Bildungsniveau. Zwar gibt es Universitäten und Hochschulen, aber bezüglich Forschung und Entwicklung ist noch Luft nach oben. Die Kaufkraft in der Region ist geringer als anderswo, aber dafür ist auch das Preisniveau niedriger. An der geringen Frauenerwerbsquote müssen wir mit Blick auf den Fachkräftemangel arbeiten. Es gibt hochqualifizierte Frauen, die noch sehr lange ihre Kinder betreuen. Es gilt noch vieles zu machen, um die Region besser aufzustellen und die Menschen entsprechend mitzunehmen.

Das Amt für regionale Landesentwicklung Weser-Ems



Amt für regionale Landesentwicklung Weser-Ems






- Gründung im Jahr 2014
- **Kernaufgabe:**
positive Impulse für eine eigenständige, nachhaltige **Entwicklung der Region** Weser-Ems setzen
- stetiger Kontakt und enge **Zusammenarbeit mit den regionalen Partnern vor Ort**
- **Ansprechpartner** für Wirtschaft, Handwerk, Hochschulen, Verbände, Kommunen sowie Bürger/innen in der Region
- **Sprachrohr** der Region in Hannover (Ministerien) und aus Hannover in die Region



Amtsbezirk und Standorte




Das Amt für regionale Landesentwicklung Weser-Ems



Amt für regionale Landesentwicklung Weser-Ems

Organigramm

| | | | | | |
|---|--|---|--|--|---|
| MB | ML | MW | MU | MI | |
| jeweils Fach- und Dienstaufsicht | | | | | |
| Ämter für regionale Landesentwicklung - Braunschweig, Leine-Weser, Lüneburg, Weser-Ems Leitung: Landesbeauftragte für regionale Landesentwicklung | | | | | |
| Dezernat 1 Querschnittsaufgaben | Dezernat 2 Regionale Landesentwicklung EU-Förderung Projektmanagement | Dezernat 3 Struktur- und ländlicher Raum | Dezernat 4 Flutberengung Landmanagement | Dezernat 5 Sieben Geschäftsstellen mit Dez. 3 und 4 | Dezernat 6 Staatl. Moorverwaltung |
| Organisation Personal, Ausbildung Gesundheitsmanagement Haushalt Kasse KLR IuK-Technik | Regionale Koordinatoren EFRE, ESF, ELER D.M. geschäftsbereich Zusammenarbeit INTERREG A Transnationale Zusammenarbeit INTERREG B INTERREG C Länderüberg. Zusammenarbeit Metropolregion Landesentwicklung, Projektmanagement, Demografie Europe Direct | Regionalmanagement Integrierte Land Entwicklungskonzepte EU-Gemeinschafts- initiative LEADER Dorfentwicklung und Dorfentwicklung Ländlicher Tourismus Kulturbearbeitungs- maÙnahmen Ländlicher Wohnbau Revolverbandsangele- genheiten Ländliche Siedlung Koordinierung der Fördermittel ELER, Gemeinschaftsauf- gaben u. Landesmittel Bauleitplanung, FNP, Stadtbauleitplanung Tourismus Aufsicht über den Verband der Teilneh- mermereinschaften Träger öffentlicher Belange mit dem fachlichen Bezug Regionale Gemeinverteilung | Planung und Durchführung von Verfahren nach dem FlutEG Regelflutberengung Veneerliche Flutberengung Unternehmens- flutberengung Beschleunigte Zusammenlegung Freiwilliger Landtausch Aufsicht über Teilnehmer- gemeinschaften Träger öffentlicher Belange mit dem fachlichen Bezug Leitung der behindert Vernehmungsstelle | Aurich Bremerhaven Göttingen Meppen Osnabrück Sulzgen Verden Investitions- und Projektförderung Grundstücksleihen Verpachtung und Verkauf. Ver- pachtung etc. für Flächen von ML und MU Umsetzung des Moorschutzpro- gramms auf landes- eigenen Flächen Durchführung von Pflege- und Entwick- lungemaÙnahmen Begleitung von Pflege- und Naturschutz- maßnahmen | Grundstücksverwal- tung einschl. An- und Verkauf. Ver- pachtung etc. für Flächen von ML und MU Umsetzung des Moorschutzpro- gramms auf landes- eigenen Flächen Durchführung von Pflege- und Entwick- lungemaÙnahmen |

Stand 06.11.2023

Der Aufbau des Amtes für regionale Landesentwicklung Weser-Ems unterscheidet sich nicht wesentlich vom Aufbau der anderen Ämter für regionale Landesentwicklung. Lediglich das Dezernat 6, die Staatliche Moorverwaltung mit Standort in Meppen und mehreren Außenstellen, ist ein Alleinstellungsmerkmal in Weser-Ems. Das Dezernat 2 ist historisch aus der Regierungsvertretung Oldenburg gewachsen, die ebenfalls hier angesiedelt war. Mein Vorgänger im Amt des Landesbeauftragten, Franz-Josef Sickelmann, war zuvor Leiter dieser Regierungsvertretung. In Dezernat 2 arbeiten etwa 45 Menschen; ihre Aufgaben sind auf der Folie aufgeführt. Unter anderem sind wir für das Stiftungswesen zuständig. Es gibt im Raum Weser-Ems sehr viele Stiftungen - gegenwärtig führen wir die Aufsicht über 851.

Die Vertretung in den regionalen Gremien ist ein Schwerpunkt meiner Arbeit. Ich bin Mitglied der Arbeitsgemeinschaft der Landkreise und kreisfreien Städte Weser-Ems, der Landrätekonzferenz, und in der DOL, der Strukturkonferenz Das Oldenburger Land. Diese gibt es analog auch für Osnabrück, das Emsland und die Grafschaft Bentheim. Dort bin ich ebenfalls Gast. Ebenso bin ich Mitglied vieler anderer Gremien, die mit den Niederlanden zusammenarbeiten - in Lenkungsausschüssen und Begleitausschüssen in Sachen INTERREG, in der Begleitgruppe Kooperationsagenda Niederlande-Niedersachsen mit den Kommissaren des Königs.

Vors. Abg. **Anna Bauseneick** (CDU): Wie ist der Austausch zwischen den einzelnen Ämtern für regionale Landesentwicklung organisiert?

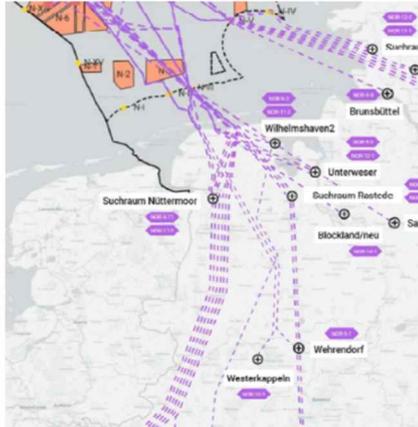
Nikolaus Jansen: Auf inhaltlicher Ebene - Stichworte „Raumordnung“, „Städtebauförderung“ etc. - gibt es einen entsprechenden Austausch landesweit. Es gibt Arbeitsgruppen unter den jeweils zuständigen ministeriellen Ebenen bzw. auch unter den Akteuren direkt. Zum Beispiel wird herausgearbeitet, was die jeweiligen Erfahrungen, Hindernisse und Herausforderungen in Weser-Ems im Vergleich zu den Regionen Leine-Weser, Lüneburg und Braunschweig sind. Dort gibt es einen guten Austausch. Das gilt auch für die Ebene der Dezernatsleitungen. Auch dort findet wie üblich in der Verwaltung ein inhaltlicher Austausch zum Beispiel zu Personal, Haushalt und Organisation statt. Auf meiner Ebene gibt es Jour Fixes. Ich arbeite für verschiedene Ministerien. Schwerpunktministerien sind das ML und das MB. Mit den Staatssekretären und der Abteilungsleiter- sowie der Referatsleiterebene gibt es einen regelmäßigen Austausch. Heute ist zum Beispiel ein Treffen im MB. Den Termin nimmt meine Stellvertreterin wahr. Das läuft gut.

Dann gibt es noch Ministerien, die kaum oder gar nicht bei uns verortet sind. Zu diesen pflege ich durch Vernetzung die Kontakte. Zum MW haben wir zum Beispiel über die Themen Tourismus und Regionalentwicklung einen Zugang. Die Kompetenz, die wir in den Bereichen haben, wird entsprechend abgefragt, und ich habe die Möglichkeit, die Interessen der Region einzubringen, bzw. das Ministerium kann seine einbringen.

Ich und mein Amt haben also sehr viele Kommunikationsebenen. Der Austausch untereinander ist gut. Aber mein Schwerpunkt liegt in der Betreuung der Region. Ich bin Landesbeauftragter für regionale Landesentwicklung und habe ganz klar meine Klientel hier vor Ort im Blick. Ich verbringe viel Zeit in der Region, höre mir an, was man dort möchte, und versuche, mit den regionalen Akteuren Lösungen zu arbeiten, die ich dann wiederum nach außen transportiere. Ich bin da etwas zweigeteilt. Die rein interne Arbeit ist nicht mein Schwerpunkt. Ich möchte konstruieren, schaffen und gute Dinge auf den Weg bringen - sowohl in Richtung Hannover als auch in Richtung der Region. Das ist mein Ziel.

Raumordnung: Stromtrassen in der Region Weser-Ems

- Weser-Ems ist bedeutender Standort für **erneuerbare Energien**
- wesentliche Grundlage für die **positive wirtschaftliche Entwicklung** in der Region



- **Stromproduktion** aus erneuerbaren Energien in der Region **höher als Stromverbrauch**
- **überschüssiger Strom** muss mit neuen Leitungen in die Verbrauchsschwerpunkte im Süden Deutschlands abgeleitet werden
- **Offshore-Windenergie in der Nordsee**: Bis 2045 insgesamt 35 Leitungssysteme in Weser-Ems anlanden

→ Amt für regionale Landesentwicklung prüft für alle Leitungsvorhaben die **Erforderlichkeit von Raumverträglichkeitsprüfungen**, führt diese ggf. selber durch

Die Raumordnung spielt hier eine große Rolle, und in eines der Megathemen bei uns fällt alles, was mit Stromtrassen, LNG und Wasserstoff zu tun hat - Stichwort „Powerhouse Nord“. Das Powerhouse Nord ist eine Initiative der EWE, bei der es darum geht, sich die küstennahen Standorte anzusehen und zu prüfen, wie man sich aufstellen muss, um in Sachen Wasserstoff und Energietransformation das Beste für die Region herauszuholen und bei der Ansiedlung von Unternehmen als Region zu partizipieren, anstatt den Strom einfach nur nach Süden durchzuleiten. Ich bin im Austausch mit dem dortigen Geschäftsstellenleiter Olaf Reichert. Das Projekt läuft ganz gut an, und wir haben mit unserer Raumordnung ein Instrument, mit dem wir einen guten Überblick über die Fläche haben. Wir nutzen die Raumverträglichkeitsprüfungen, um die Maßnahmen zu begleiten. Allerdings wollen wir die Prozesse nicht unnötig ausweiten. Wir machen nur dort Raumverträglichkeitsprüfungen, wo sie notwendig und sinnvoll sind, und gehen sonst anders vor. Das alles geschieht natürlich in Absprache mit den Projektträgern.

Raumordnung: Ausbau der Windenergie in der Region Weser-Ems



- In der Region Weser-Ems müssen bis Ende 2032 **ca. 30.000 ha Windenergiegebiete** planerisch **ausgewiesen** werden (**ca. 2 % der Regionsfläche**)

| Landkreis / kreisfreie Stadt | Teilflächenziel bis 31.12.2027 (in ha) | Teilflächenziel bis 31.12.2027 (in %) | Teilflächenziel bis 31.12.2032* (in ha) | Teilflächenziel bis 31.12.2032* (in %) |
|---------------------------------|--|---|---|--|
| Ammerland | 725 | 0,99 | 938 | 1,29 |
| Aurich | 1.195 | 0,92 | 1.546 | 1,20 |
| Cloppenburg | 3.230 | 2,27 | 4.179 | 2,94 |
| Delmenhorst | 2 | 0,02 | 2 | 0,03 |
| Emden | 8 | 0,07 | 10 | 0,09 |
| Emsland | 6.846 | 2,38 | 8.860 | 3,07 |
| Friesland | 376 | 0,61 | 487 | 0,79 |
| Grafschaft Bentheim | 972 | 0,99 | 1.258 | 1,28 |
| Leer | 1.036 | 0,97 | 1.341 | 1,26 |
| Oldenburg | 2.235 | 2,10 | 2.893 | 2,72 |
| Oldenburg (Stadt) | 69 | 0,66 | 89 | 0,86 |
| Osnabrück | 2.472 | 1,17 | 3.199 | 1,51 |
| Osnabrück (Stadt) | 2 | 0,01 | 2 | 0,02 |
| Vechta | 981 | 1,21 | 1.270 | 1,56 |
| Wesermarsch | 1.518 | 1,83 | 1.965 | 2,37 |
| Wilhelmshaven | 16 | 0,15 | 21 | 0,20 |
| Wittmund | 967 | 1,47 | 1.251 | 1,90 |
| Gebiet ArL Weser-Ems | 22.650 | 1,51 | 29.311 | 1,95 |
| Niedersachsen | 81.124 | 1,70 | 104.984 | 2,20 |

- „**Teilflächenziele**“ des Landes für die 12 Landkreise und 5 kreisfreien Städte (Umsetzung in den Regionalplänen bzw. Flächennutzungsplänen)
- Das **Amt ist Genehmigungsbehörde** für die Regionalpläne (Landkreise) bzw. Flächennutzungspläne (kreisfreie Städte).
- Amt prüft auch die die **Erreichung des Teilflächenziels**
- Wird das Teilflächenziel in einem Landkreis verfehlt, tritt dort die sog. **Superprivilegierung** in Kraft, wodurch ein „**Wildwuchs**“ zu befürchten wäre.

Windenergie ist hier im Norden natürlich ein wichtiges Thema. In den vergangenen zwei Tagen hatte ich verschiedene Sitzungen in Aurich. Aurich ist ein Leuchtturm in Sachen Windenergie, zum einen, weil dort Enercon sitzt, und zum anderen, weil es dort jede Menge Windräder gibt und damit viel Erfahrung mit dem Aufstellen von Windkraftanlagen. Auf der Folie sehen Sie die Teilflächenziele für die Windenergie in den Kommunen. Wir sind dort eingebunden, auch um zu überprüfen, ob die Ziele erreicht werden. Das machen wir in Absprache mit den Kommunen. Wir sind dazu in sehr engem Kontakt und pflegen eine gute Zusammenarbeit. Insgesamt - das möchte ich betonen - ist die Zusammenarbeit in der Region Weser-Ems sehr partnerschaftlich.

Abg. **Thorsten Paul Moriß** (AfD): Ich lese da 16 ha als Flächenziel für Wilhelmshaven. Ist das schon festgelegt? Sind die Kommunen beauftragt, das zu erreichen, oder sind das die Ziele?

Nikolaus Jansen: Die Ziele werden nicht von uns vorgegeben, sondern von der Landesregierung und von Ihnen. Die Zahlen sind Ziele, die erreicht werden sollen, damit wir bei der Energie das realisieren, was sich die Landesregierung vorgestellt hat. Träger der Raumplanung sind immer die Kommunen. Sie setzen das um. Sie sind für mich die wichtigsten Player. Man kann nichts durchsetzen, ohne die Menschen vor Ort und ohne die kommunalen Vertreterinnen und Vertreter. Es gibt Gründe dafür, warum etwas schnell oder langsam geht. Diese müssen ausgelotet werden, und dann sehe ich das Amt als denjenigen, der unterstützend tätig wird. Ich gehe nicht in die Kommunen und fordere irgendetwas. Das ist der falsche Ansatz. Man muss eruieren, wo das Problem liegt, und prüfen, wie man den Kommunen helfen kann.

Abg. **Dr. Bernd Althmann** (CDU): Wie viele Netzkilometer müssen für den Abtransport der regenerativ onshore und offshore erzeugten Windenergie in Ihrem Verantwortungsbereich noch gebaut werden?

Nikolaus Jansen: Ich kann Ihnen keine Zahl nennen. Selbst wenn ich eine wüsste, hätte sie nur Bestand bis Ende der Woche. In diesem Thema ist so viel Dynamik.

Abg. **Dr. Bernd Althusmann** (CDU): Gibt es Planungen für Gaskraftwerke im Bereich Weser-Ems?

Nikolaus Jansen: Das nehme ich nicht wahr. Das Thema, das bei uns im Moment intensiv diskutiert wird, ist Elektrolyseure. Ich habe den Überblick verloren, wie viele Mega- oder Gigawatt zustande kommen sollen und wer alles etwas aufstellen will. Gerade finden ja Gespräche zu diesen Themen im MW mit Herrn Lies statt. Im ersten Gespräch, bei dem ich auch dabei war, ging es um Emden.

Wenn man auflisten will, was alles in Planung ist, muss man zunächst sortieren und sich fragen, über welchen Zeitrahmen wir sprechen. Es gibt viele Akteure - insbesondere TenneT, Amprion und Unternehmen, die Strom haben möchten, um eventuell einen Elektrolyseur damit zu betreiben oder andere Dinge damit zu tun -, und keiner von ihnen weiß genau, wann er an den Start geht. Alle haben einen Plan und möchten ihn umsetzen, melden bei TenneT Bedarf an, aber wissen nicht, wann es losgeht. Im Moment geht es nach dem Windhundprinzip: Wer sich meldet, kommt erst einmal auf die Liste. Aber irgendwann ist die Kapazität aufgebraucht, und wir stehen dumm da, wenn jemand erst 2040 an den Start gehen möchte und ein anderes Unternehmen den Bedarf viel besser decken könnte.

Das ist der Plan, den wir im Moment verfolgen müssen, um eine Übersicht über die Menge, die Akteure und die Rahmenbedingungen zu bekommen. Was ist geplant? Wer möchte was machen? Wie viele Elektrolyseure braucht man tatsächlich? Was sind die besten Standorte? Wie geht man damit um? Und wie ist die zeitliche Taktung? Es hat keinen Sinn, wenn mir jemand sagt, was er 2045 tut. Ich muss nach den Möglichkeiten, die man jetzt hat, eine zeitliche Planung machen, wer am besten wann beginnt. Dann bekomme ich einen Gesamtüberblick. Das ist die Herausforderung im Moment.

Es gab - wie gesagt - ein Gespräch zum Raum Emden, es wird im nächsten Monat ein Gespräch zu Wilhelmshaven geben. Dann gibt es nach den Osterferien ein Gespräch zur Wesermarsch, zu Brake, dann zu Stade und dann noch zum Emsland. Denn die Emsländer bekommen Strom von der Küste, aus den Niederlanden kommen Wasserstoff und Strom, Stichwort „Rotterdam“. Die Ableitung ins Ruhrgebiet ist ein weiteres Thema. Die Konzeption und die räumliche Verteilung sind dort ein wenig anders. Das muss man bei diesem Prozess mitdenken. Wir haben Nord-Süd- und Ost-West-Achsen, die entsprechend über die Trassen bespielt werden. Deswegen sollte man bei diesem Thema das Emsland und Lingen nicht vergessen.

Abg. **Dr. Bernd Althusmann** (CDU): Die neue Managementstrategie der Bundesregierung zu CCS basiert auf einem Gesetzentwurf des Bundes. Sind Sie schon dabei, zu prüfen, wie das umgesetzt werden kann in der Küstenregion Weser-Ems? Wenn ich es richtig verstanden habe, sollen Schutzgebiete wie das Weltkulturerbe Wattenmeer ausgenommen sein. Das würde im Umkehrschluss bedeuten, dass alle Bereiche, die nicht im Wattenmeer liegen, für die Speicherung von CO₂ zur Verfügung stehen. Es scheint aber sehr unterschiedliche Auffassungen bezüglich der Frage, wo möglicherweise CO₂-Abscheidung und Speicherung stattfinden soll, zu geben. Die einen wollen es nach Norwegen bringen, die anderen wollen es irgendwo anders verpressen. Das Thema wird wahrscheinlich auch in Ihrer Region von Bedeutung sein.

Nikolaus Jansen: Natürlich wird, auch im MW, intensiv darüber nachgedacht. Ich bin in diesem Bereich kein Experte, ich weiß nur, dass es in Sachen Kavernen eine enorme Dynamik gibt. Vor ein paar Tagen sagte mir ein Kavernenbetreiber, er könnte jeden Tag eine Kaverne verkaufen,

insbesondere an niederländische Kolleginnen und Kollegen. Wir haben bei uns im Raum mit Storag Etzel, Jemgum und Huntorf gute Standorte. Das ist ein großer Markt. Ich habe morgen noch ein Gespräch mit Boris Richter von Storag Etzel, der mir von den Bedürfnissen und Herausforderungen dort berichten möchte.

Masterplan Ems 2050



masterplan
ems 2050



Amt für regionale Landesentwicklung
Weser-Ems

- Der Masterplan Ems 2050 wurde 2015 unter der Verhandlungsführung des Landes Niedersachsen geschlossen
- Er regelt die **Gleichgewichtung von Ökonomie und Ökologie** bei der **notwendigen ökologischen Sanierung der Ems** und enthält **konkrete Maßnahmen, Zeitpläne und Ziele**
- Anlass war ein Pilotverfahren der EU-Kommission wegen Verletzung von Naturschutzrichtlinien an der Ems
- Der Masterplan Ems 2050 wurde von der EU als letzte Möglichkeit anerkannt, ein Vertragsverletzungsverfahren zu verhindern
- **Geschäftsstelle und Öffentlichkeitsarbeit** sind beim **Amt für regionale Landesentwicklung Weser-Ems** angesiedelt

Die Vertragspartner



Emsland Niedersachsen NABU
Stadt EM DEN WSV.de WWF
Landkreis Leer MEYER WERFT BUND

Der Masterplan Ems 2050 ist ebenfalls ein wichtiges Thema für uns. Hintergrund des Masterplans war ein Verfahren der EU der wegen der Verletzung von Naturschutzrichtlinien an der Ems. Denn wenn man sich die Ems ansieht, ist offensichtlich, dass der Fluss ein Problem hat. Er enthält sehr viel Fluid-Mud, sehr viele Schwebstoffe. Der Masterplan Ems wurde dann 2015 unter Führung des Landes Niedersachsen mit den entsprechenden Akteuren aus den Verbänden, den Kommunen und der Wirtschaft geschlossen.

Masterplan Ems 2050: Ziele

Am 17. November 2023 hat man sich mit den Verbänden, den Unternehmen und Kommunen auf die Variante „Tideniedrigwasseranhebung“ geeinigt. Das war ein sehr wichtiger Termin für uns, weil sich danach die nächste Phase der Arbeit ausrichtet. Diese Entscheidung musste fallen, um weiterarbeiten zu können.

Wir schauen uns aber nicht nur den Fluss, sondern auch die Lebensräume in seinem Umfeld an. So legen wir zum Beispiel Polder an und setzen andere Maßnahmen um, um die Voraussetzungen zu schaffen, damit sich Fische, Vögel und andere Tiere wieder ansiedeln bzw. damit sich deren Populationen positiv entwickeln können.

Die wirtschaftliche Entwicklung ist ebenfalls ein großes Thema, wobei die Meyer Werft einer der größten Player ist und die Überführung der dort gebauten Schiffe große Herausforderungen mit sich bringt. In den 2000er-Jahren wurde sehr viel mit Einzelplanfeststellungsverfahren gearbeitet. Für jedes Schiff musste ein Plan erstellt werden. Das war immer sehr viel Aufwand. Wir koordinieren das jetzt alles neu. Aber natürlich gibt es noch andere Unternehmen, die einen genauen Blick darauf haben, was mit der Ems passiert und wie Umweltschutz und Wirtschaft zueinanderkommen können. Letztlich ist die Ems auch eine Bundeswasserstraße, und wir müssen die Schifffahrt dort begleiten, ohne den Handel zu stören.

Vors. Abg. **Anna Bauseneick** (CDU): Wie ich sehe, sollen die Ziele bis 2050 erreicht sein. Sind Sie im Zeitplan?

Nikolaus Jansen: Wir planen verschiedene Maßnahmen vom Flächenerwerb für die Herrichtung von Poldern bis zur Tideniedrigwasseranhebung. Meine Einschätzung ist, dass wir gut im Plan

The infographic 'Masterplan Ems 2050: Ziele' is organized into several sections, each with a goal, a small circular icon, and a larger photograph. The goals include: 'Lösung des Schlickproblems und Verbesserung der Gewässergüte >>' (accompanied by a water lily icon and a photo of a dam at night); 'Flexible Tidesteuerung mit dem Emssperrwerk' (accompanied by a dam icon and a photo of a polder); 'Verbesserung ästuarischer Lebensräume >>' (accompanied by a bird icon and a photo of a wetland); 'Sicherung der wirtschaftlichen Entwicklung der Region >>' (accompanied by a landscape icon and a photo of a Meyer Werft ship); 'Schutz der Vögel und ihrer Lebensräume >>' (accompanied by a bird icon and a photo of a bird); 'Erhaltung der Ems als leistungsfähige Bundeswasserstraße >>' (accompanied by a boat icon and a photo of a river); 'Überführungssicherheit für Meyer Wert' (accompanied by a photo of a ship); '200 Hektar Flächen für Wiesenbrüter' (accompanied by a photo of a bird); and 'Belastung für Schiffsverkehr minimieren' (accompanied by a photo of a river). The logo 'masterplan ems 2050' is located in the bottom left corner.

Das Ziel ist, ein Gleichgewicht zwischen Ökologie und Ökonomie zu schaffen. Das geschieht mit verschiedenen Instrumenten und Arbeitsgruppen.

Der Schwerpunkt ist die angesprochene Schlickproblematik. Wir wollen das mit einer flexiblen Tidesteuerung am Emssperrwerk verbessern. Dabei gibt es verschiedene Modelle. Am 17. November 2023 hat man sich mit den Verbänden, den Unternehmen und Kommunen auf die Variante „Tideniedrigwasseranhebung“ geeinigt. Das war ein sehr wichtiger Termin für uns, weil sich danach die nächste Phase der Arbeit ausrichtet. Diese Entscheidung musste fallen, um weiterarbeiten zu können.

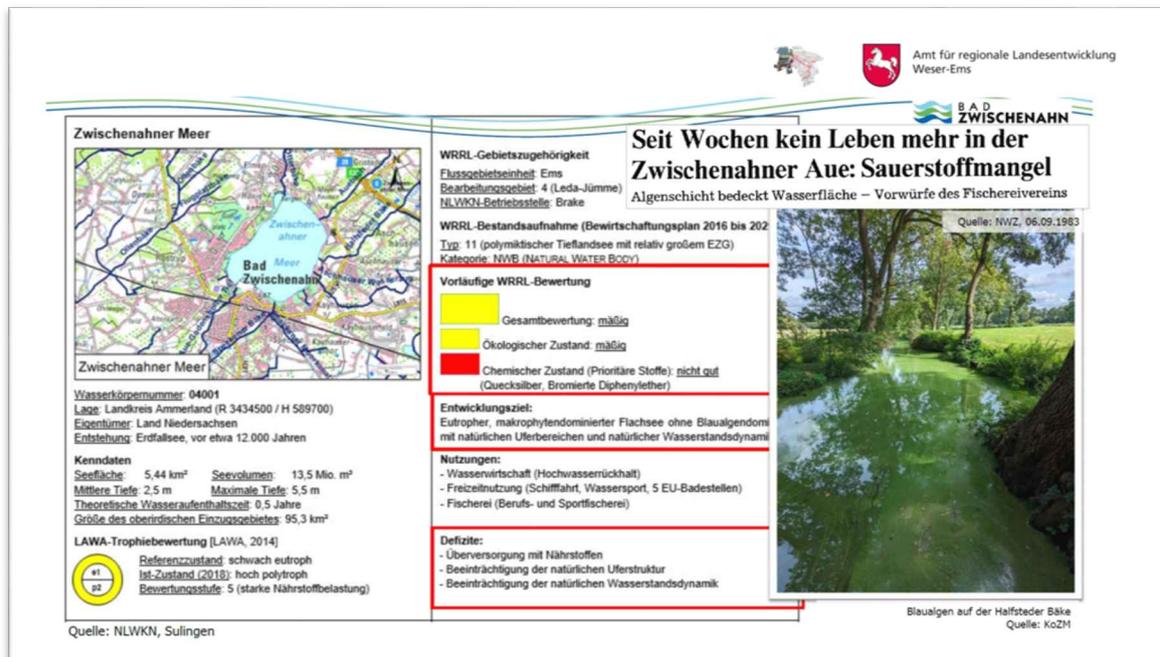
Wir schauen uns aber nicht nur den Fluss, sondern auch die Lebensräume in seinem Umfeld an. So legen wir zum Beispiel Polder an und setzen andere Maßnahmen um, um die Voraussetzungen zu schaffen, damit sich Fische, Vögel und andere Tiere wieder ansiedeln bzw. damit sich deren Populationen positiv entwickeln können.

Die wirtschaftliche Entwicklung ist ebenfalls ein großes Thema, wobei die Meyer Werft einer der größten Player ist und die Überführung der dort gebauten Schiffe große Herausforderungen mit sich bringt. In den 2000er-Jahren wurde sehr viel mit Einzelplanfeststellungsverfahren gearbeitet. Für jedes Schiff musste ein Plan erstellt werden. Das war immer sehr viel Aufwand. Wir koordinieren das jetzt alles neu. Aber natürlich gibt es noch andere Unternehmen, die einen genauen Blick darauf haben, was mit der Ems passiert und wie Umweltschutz und Wirtschaft zueinanderkommen können. Letztlich ist die Ems auch eine Bundeswasserstraße, und wir müssen die Schifffahrt dort begleiten, ohne den Handel zu stören.

Vors. Abg. **Anna Bauseneick** (CDU): Wie ich sehe, sollen die Ziele bis 2050 erreicht sein. Sind Sie im Zeitplan?

Nikolaus Jansen: Wir planen verschiedene Maßnahmen vom Flächenerwerb für die Herrichtung von Poldern bis zur Tideniedrigwasseranhebung. Meine Einschätzung ist, dass wir gut im Plan

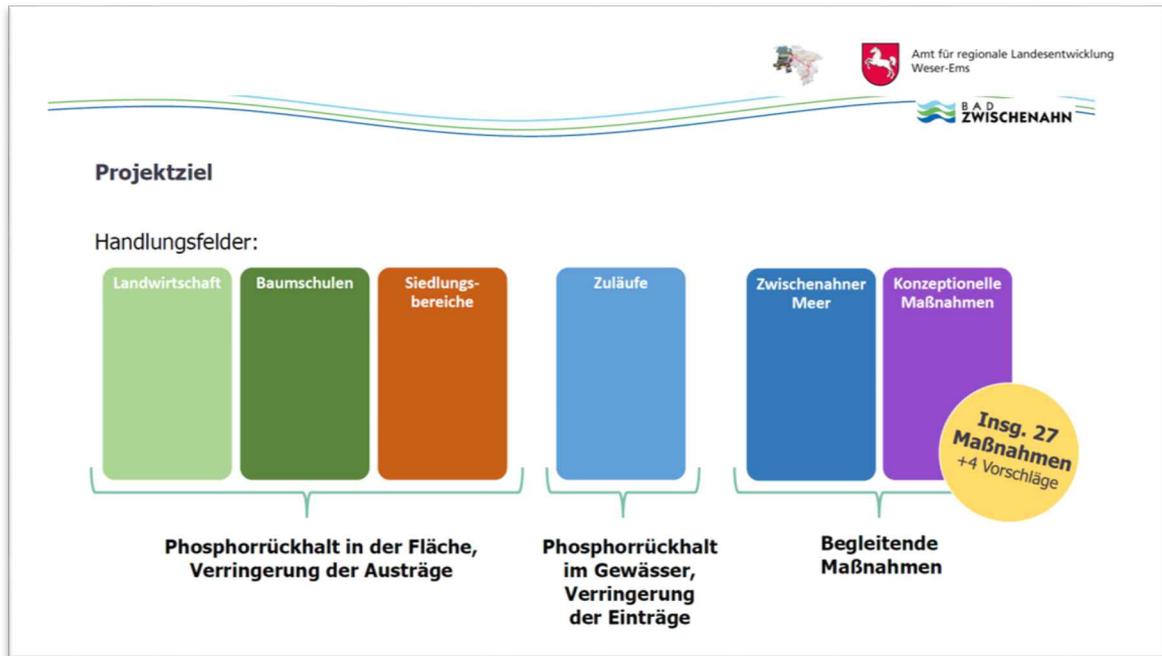
sind. Beim Thema Flächen sind wir weit vorangekommen. Die Polder kommen. Natürlich gibt es immer Schritte, die wir noch gehen müssen, aber insgesamt würde ich sagen, dass wir alle Ziele bis 2050 erreichen können.



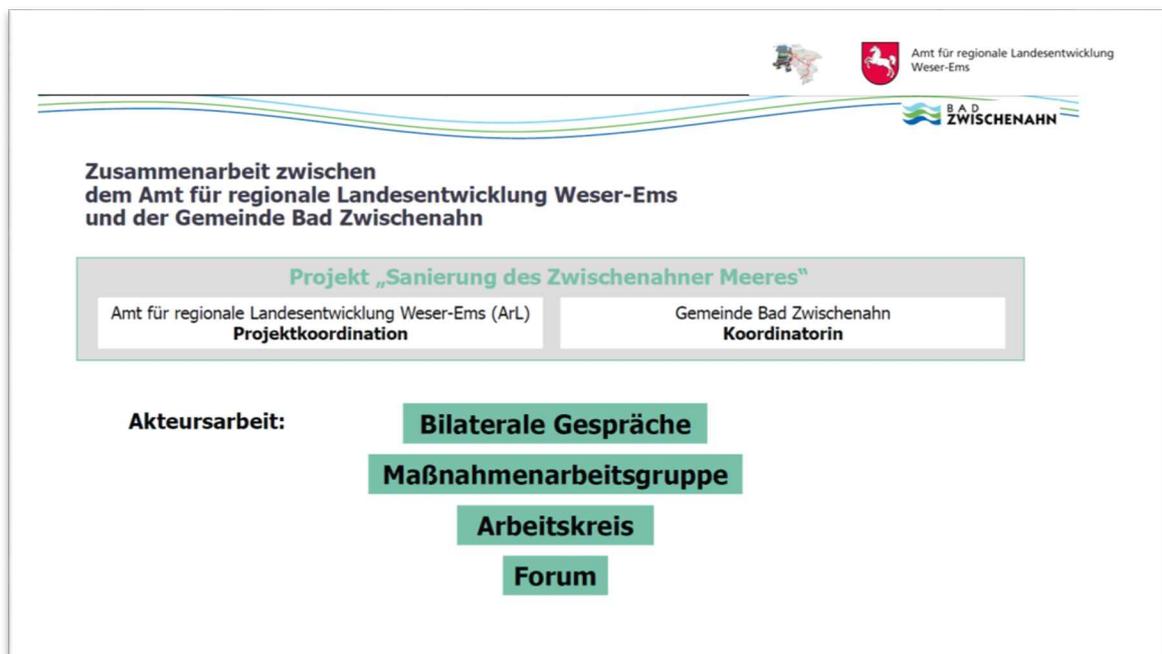
Das Zwischenahner Meer ist für mich ein typischer Fall von Objektbegleitung, die wir als Amt in unserem Portfolio haben. Das Zwischenahner Meer ist ein wunderschönes Gewässer im Ammerland in Bad Zwischenahn, das unterschiedlich genutzt wird, wobei der Schwerpunkt auf Tourismus liegt. Dabei gibt es verschiedene Herausforderungen, die wir zu bearbeiten haben.

Das Umland wird landwirtschaftlich genutzt. Wenn dort gedüngt wird und es regnet, werden Nährstoffe ins Meer geschwemmt. Dann gibt es Kleinkläranlagen und Baumschulen im Einzugsbereich. Letztere haben die Düngung mittlerweile umgestellt. Der Dünger wird im Prinzip durch Wärme umgesetzt. Das hat den Vorteil, dass er nicht auf einmal in den Boden kommt, sondern sukzessiv abgegeben wird - so haben es mir jedenfalls die Betreiber vermittelt. Dennoch haben wir Probleme bei Starkregen. Denn durch starken Regen wird der Dünger herausgespült, daran ändert auch die sonnengesteuerte Düngung nichts. Zudem transportieren Zuflüsse zum Zwischenahner Meer Nährstoffe in das Gewässer. Stickstoff und Phosphat im Wasser fördern zum Beispiel Algenwachstum. Auch die Fische vertragen die Nährstoffkonzentration nicht gut. Sie sehen auf der Folie einen Zufluss zum Zwischenahner Meer, bei sonnigem Wetter ist das Wasser grün und riecht sehr unangenehm. Das ist natürlich negativ für den Tourismus.

Wir haben dort also eine große Baustelle mit verschiedenen Akteuren und unterschiedlichen Interessen.



Um damit umzugehen, haben wir, auch mit Blick auf die einzelnen Akteure, verschiedene Handlungsfelder definiert.



Ferner haben wir eine Struktur entwickelt, innerhalb der wir das Projekt bearbeiten. Dankenswerterweise hat das Land Niedersachsen eine Stelle für eine „Kümmerin“ in Bad Zwischenahn finanziert. Diese Frau ist im Thema und hervorragend vernetzt in Bad Zwischenahn und Umgebung. Sie führt und auch wir als Amt führen viele Gespräche mit den Akteuren, um zu klären, was man tun kann, um eine Verbesserung zu erreichen. Es gibt viele Ideen, aber auch viele Interessen, die es seitens der Kümmerin und des Amtes abzuwägen gilt, um sich gut aufzustellen.

Neben den bilateralen Gesprächen gibt es, orientiert an den Handlungsfeldern, Maßnahmenarbeitsgruppen. Ein übergeordneter Arbeitskreis gibt die Richtung vor, und ein Forum soll den Menschen vor Ort die Maßnahmen vermitteln und sie in diesem Prozess mitnehmen. Wir sind im engen Dialog mit der Bevölkerung und informieren über die Maßnahmen, die wir als Amt und mit der Kümmerin koordinieren.

Abg. **Björn Meyer** (SPD): Politisch ist dabei ein wichtiges Thema, dass die Stelle der Kümmerin noch nicht verstetigt ist. Den Wunsch, diese Förderung zu verstetigen, möchte ich an den Ausschuss adressieren. Das ist ein langfristiges Projekt, das sicherlich über mehr als fünf oder zehn Jahre gedacht werden muss. Wenn man dann keine Koordination vor Ort hat, ist das ein Problem.

Die Kümmerin in Bad Zwischenahn ist sehr gut vernetzt, sehr anerkannt und leistet sehr gute Arbeit. Wir müssen daran arbeiten, dass das so bleibt. Ohne diese zentrale Stelle, die die Menschen untereinander vernetzt, funktioniert ein so komplexes System nicht. Man greift ja auch in die Belange bestimmter Bevölkerungsgruppen ein. Um das zu vermitteln, braucht man jemanden, der das entsprechend kommunizieren kann. In diesem Zusammenhang ist die Kümmerin eine ganz wichtige Person, so nehme ich es zumindest vor Ort wahr. Insofern müssen wir als Land Niedersachsen das definitiv weiter unterstützen. Bad Zwischenahn ist einer der Kurorte mit den höchsten Übernachtungszahlen in Niedersachsen. Deshalb lohnt es sich, sich dafür einzusetzen.

Nikolaus Jansen: Diese Stelle ist in der Tat nur für zwei Jahre installiert. Die Menschen, die länger dabei sind, wissen, dass wir am Dümmer eine ähnliche Situation hatten. Am Dümmer arbeitet man seit 1987 an dem Projekt und ist noch nicht fertig. Dort hat man auch eine Kümmerin installiert, es gab eine Außenstelle des Naturschutzdezernates, die eine ähnliche Rolle innehatte, wie wir am Zwischenahner Meer. Es muss nicht immer so lange dauern, aber es sind viele Maßnahmen, die aufeinander aufbauen und ineinandergreifen. Aus dieser Perspektive sind zwei Jahre nichts. In der Zeit kann man gerade einmal einen Plan machen, aber die Umsetzung dauert entsprechend.

Die Stelle der Kümmerin läuft zum Ende des Jahres aus. Es wäre fatal, wenn sie nicht verlängert werden würde; denn die Frau ist wirklich sehr gut. Sie ist gut vernetzt und weiß, wovon sie spricht. Sie hat eine gute Kommunikation und arbeitet auch mit uns sehr vertrauensvoll zusammen. Es wäre schade, wenn wir diesen Prozess nicht fortsetzen könnten. Ich habe das den Ministerien berichtet. Jetzt müssen wir darüber sprechen, wie wir damit umgehen und wie wir das weiter finanzieren können. Noch ist das nicht geklärt. Ich hoffe, dass wir das lösen können.

Abg. **Björn Meyer** (SPD): Der Haushalt wird bald aufgestellt, und das Thema muss jetzt platziert werden. Da geht es um touristische und ökologische Aspekte, das ist sehr komplex. Wir haben in der Vergangenheit Ähnliches bei anderen Binnengewässern in Niedersachsen gemacht. Insofern finde ich es völlig nachvollziehbar, dass man das hier auch entsprechend umsetzt und diesen Weg auch wirklich zu Ende geht.

Abg. **Uwe Schünemann** (CDU): Wo ist die Stelle denn angesiedelt?

Nikolaus Jansen: Sie ist bei der Gemeinde Bad Zwischenahn angesiedelt und wird vom Land finanziert. Die Kommune hat die Mittel erhalten, um die Stelle zwei Jahre zu unterhalten, in dem

Wissen, dass man mit zwei Jahren nicht auskommt. Die Alternative wäre gewesen, eine entsprechende Stelle im Amt zu schaffen. Das kann man auch machen, aber ich finde es nicht schlecht, dass die Person vor Ort und die Nähe zu den Akteuren vorhanden ist. Im Prinzip ist der Dienstort aber egal, denn wir arbeiten eng mit ihr zusammen, und es gibt keine Reibungsverluste.

Beim Dümmer war es anders geregelt. 1987 war die Stelle, meine ich, bei der Bezirksregierung angesiedelt und ist nach deren Auflösung zum NLWKN gewandert.

Abg. **Christoph Eilers** (CDU): Die Kümmerin ist sicherlich gut, und ich erkenne auch an, dass dort eine gute Vernetzung erreicht wird und die Kommunikation gut läuft. Aber welche Kompetenzen hat sie genau? Ein Gedanke im Zusammenhang mit dem „Niedersächsischen Weg“ ist ja auch, dass die Landwirtschaft das Land dicht am Gewässer nicht bewirtschaften und entsprechend nicht düngen sollte. Hat die Kümmerin die Aufgabe, darauf hinzuwirken, dass die Landwirte das nicht mehr tun? Hat sie die Kompetenz, das vorzuschlagen und entsprechende Ausgleichzahlungen anzubieten?

Nikolaus Jansen: Das machen wir. Wir sind die Schnittstelle zum Bereich der Förderung. Da geht es einmal um die monetäre Unterstützung, aber auch um andere Möglichkeiten. Wir haben die Domänenverwaltung und die Flurbereinigung. Auch damit können wir arbeiten. Wir können Flächen in problematischen Gebieten gegen weniger problematische Gebiete tauschen.

Abg. **Christoph Eilers** (CDU): Wie sieht es denn mit den Kleinkläranlagen aus? Eine funktionierende Anlage dürfte doch eigentlich keine Nährstoffe eintragen.

Nikolaus Jansen: Kleinkläranlagen sind Teil des Problems. Sie sind zwar nicht der Hauptfaktor, aber spielen schon eine Rolle.

Abg. **Björn Meyer** (SPD): Das Problem ist mehrschichtig. Die Landwirtschaft ist ein Hauptthema. Das ist keine Frage. Aber die Landwirte selbst legen großen Wert darauf, dass sie nicht das einzige Problem sind. Das Einzugsgebiet des Zwischenahner Meers ist zum Beispiel sehr von Moor geprägt. Da geht es um den Phosphoreintrag. Ein weiterer Aspekt sind die Abflüsse aus Gärten und Siedlungen. Wenn es nur die Landwirtschaft wäre, wäre es sicherlich einfacher. Aber das Thema ist deutlich komplexer; deshalb ist es auch sinnvoll, dass jemand den Prozess koordiniert und die verschiedenen Interessenlagen verknüpft.

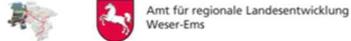
Nikolaus Jansen: Im Prinzip liefert der Dümmer die Blaupause. Dort ist die Problematik ähnlich, und dort ist man auch mit verschiedenen Maßnahmen eingestiegen. Das geht zum Beispiel bis zur Ansiedlung von Schilfpoldern. Man muss alles nutzen, was bei der Bewältigung der Probleme hilft. Nur die Landwirtschaft zu adressieren, ist zu kurz gesprungen.

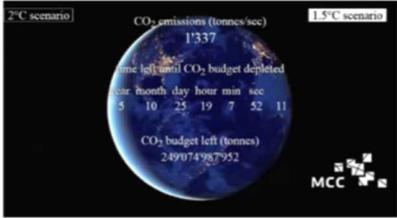
Abg. **Christoph Eilers** (CDU): Man muss nur leider festhalten, dass es nicht nur das Zwischenahner Meer ist. Das betrifft auch den Dümmer, das Steinhuder Meer und so manchen Bachlauf, in dem nicht mehr so viel Leben ist wie noch vor 20 Jahren. Deswegen ist der „Niedersächsische Weg“ und grundsätzlich zu sagen, dass man da etwas machen muss, auch richtig. Da muss sich *jetzt* etwas tun, und die Landwirtschaft muss das Signal erhalten, indem sie entsprechende Zahlungen bekommt. Was jetzt im Einzelfall möglich gemacht wird, muss zeitnah auch für die ganze Landwirtschaft in Niedersachsen möglich sein. Da muss Klarheit herrschen. Umso eher erzielt man auch kleine Erfolge, die das Gesamtbild verbessern.

Nikolaus Jansen: Es geht um den ganzen Bereich Förderakquise, egal, woher die Mittel kommen. Man muss einen Plan haben, wie man alle Bereiche vernünftig bespielen kann. Dann gibt es verschiedene Fördertöpfe, die wir nutzen. Gerade haben wir vier Anträge für die Förderung konzeptioneller Maßnahmen auf den Weg gebracht. Wenn feststeht, was gemacht werden soll, prüfen wir, welche Förderrichtlinie passt. Wir sind vielfältig aufgestellt und arbeiten sehr gut zusammen.

**Energiewende und Klimaneutralität:
Die Rolle der Wasserwirtschaft**

- **Transformation** des Energiesystems betrifft auch Wasserwirtschaft
- Ausbau **Wasserstoffwirtschaft** und zunehmender Wasserbedarf
- **Neue Energietechnologien** mit Auswirkungen auf Wasserressourcen: Tiefengeothermie, Fracking, CCS-Technologien
- Ansiedlung energie- und wasserintensiver Unternehmen
- Abstimmung mit Kommunal- und Regionalplanung
- Energetische Optimierung der **Infrastruktur**
- Steigerung der **Effizienz der Wassernutzung**
- Neue dezentrale Ver- und Entsorgungskonzepte







Wasser ist bei uns in Weser-Ems ein wesentliches Thema. Der Anstoß, das Thema weiter zu vertiefen, kam von unserem größten Wasserversorger, dem OOWV. Dieser hat natürlich ein großes Interesse daran, alle, die dies möchten, mit Wasser versorgen zu können, aber er kam an Kapazitätsgrenzen. Zwischenzeitlich gab es Industrieansiedlungen, denen der OOWV nicht mehr zusichern konnte, sie mit der notwendigen Wassermenge versorgen zu können. Also musste man über Wasser insgesamt nachdenken. Und wenn man einbezieht, wie viele Ideen wir in Sachen Wasserstoff in Weser-Ems haben, und weiß, dass für Wasserstoffprojekte eine gewisse Wasserqualität notwendig ist, muss man noch einmal stärker nachdenken. Denn da gibt es auch noch den Konflikt zwischen der Nutzung als Trinkwasser und der Nutzung für Wasserstoff. Wie sichern wir die Qualität, wie gehen wir mit Brauchwasser um? Das ist eine Facette.

Abg. **Thorsten Paul Moriße** (AfD): Zurzeit sind ja die Themen Wasserstoff, LNG, Wilhelmshaven und das Wattenmeer sehr im medialen Fokus. Wie bewerten Sie diese ganze Entwicklung mit Blick auf Ökonomie und Ökologie?

Nikolaus Jansen: Wir haben in Lingen ein großes Cluster rund um Energie und Wasserstoff. Früher war dort ein Atomkraftwerk. Das Emsland war die erste Region, die sich auf neue Energien und die Energietransformation eingestellt hat. Der Emdener Hafen und der umliegende Bereich sind auch sehr interessant, besonders wegen der Nähe zu den Niederlanden. Und wir haben Wilhelmshaven. Der politische Wille ist formuliert: Wilhelmshaven soll das Tor zur Energie nach Deutschland sein. Das wird entsprechend begleitet. Es gibt sehr viele Aktivitäten zum Thema Wasserstoff und Industrieansiedlung im Zuge der Weiterentwicklung von Wasserstoff sowie

erste Pläne dazu, welche Unternehmen sich dort ansiedeln, welche Aktionen sie dort machen und wie sie als Unternehmen partizipieren wollen. Auf der anderen Seite haben wir das Wattenmeer mit Natura 2000, Vogelschutz usw. Das müssen wir immer mitdenken.

Dieses Konglomerat der Interessenkonflikte müssen wir entsprechend regeln. Wir müssen über Kompensationen nachdenken, aber ich glaube nicht, dass die Konsequenz sein sollte, zu sagen, wir können Wilhelmshaven nicht als Tor für die Energie nach Deutschland nutzen, sondern wir müssen die entsprechenden Interessen ausgleichen. Daran arbeiten wir intensiv, damit wir das in gutem Einvernehmen schaffen.

Sie sehen auf der Karte auf der Folie unten rechts den Jadebusen. Alles, was gelb hinterlegt ist, betrifft Planungen dort. Das ist enorm. Das gilt aber auch für Emden, die Wesermarsch, Stade und Lingen. Lingen habe ich bereits angesprochen. Im Moment haben wir mit dem Powerhouse Nord den Fokus auf der Küste bis zur Grenze zu den Niederlanden - vielleicht sogar darüber hinaus. Denn wir haben gute Kontakte in die Niederlande.

In den beiden vergangenen Tagen war ich bei der Hydrogen Cross Border Conference in Aurich mit den Niederlanden. 230 Menschen haben sich angemeldet, mehr als die Hälfte kam aus den Niederlanden. Daran sehen Sie, wie hoch der Druck im Kessel ist, was Wasserstoff angeht. Alle warten und scharren mit den Hufen. Mein Fazit zu dieser Konferenz ist: Sicherlich sind viele „spinnerte“ Ideen auf dem Markt, und ob alles realisiert wird, was geplant wird, kann in der aktuellen Phase keiner sagen. Aber man muss sich auch die Zeit nehmen, eine solche Phase auszuhalten. Wir sind auf dem Weg, uns sehr gut aufstellen zu können in der energetischen Transformation. Ich möchte nicht den Kopf in den Sand stecken. Mein Petition ist: Lassen Sie uns diese Dynamik nutzen, gern mit niederländischen und internationalen Partnern wie Norwegen und Dänemark. Wir sollten uns nicht von notwendigen Zwischenschritten abschrecken lassen, nach dem Motto: Das sind vielleicht gute Ideen, aber ob etwas daraus wird, wissen wir nicht.

Ich bin positiv und denke, wir müssen das intensiv und mit allen Möglichkeiten, die wir haben, begleiten und auf den Weg bringen. Ökonomie und Ökologie spielen dabei immer eine Rolle. Ich hatte das vorhin an der Ems deutlich gemacht. Wir müssen mitdenken, dass wir irgendwann eine Flächenknappheit haben werden. Wir müssen über Flächennutzung, darüber, wer sich wo ansiedelt, gut nachdenken. Dies gemeinsam mit den Kommunen zu koordinieren, wird auch eine Aufgabe des Amtes sein. Welche Flächen haben wir? Wo wollen wir hin? Wo können wir kompensieren?

Eine andere Facette ist, dass wir teils sehr viel und teils sehr wenig Wasser haben, nasse Winter und trockene Sommer. Auch das hat Folgen. Wenn wir an der Küste zu viel Wasser haben, ist es eigentlich immer noch die Regel, dass wir es ins Meer leiten. Wir haben aber Regionen, in denen es deutlich trockener ist. Im Norden gibt es zu viel Wasser, im Süden zu wenig. Wie gehen wir damit um? - Das überflüssige Wasser aus dem Norden in den Süden zu pumpen, ist keine sinnvolle Lösung. Also muss man sich die Frage stellen, wie man das Wassermanagement regelt. Dazu braucht es auch Forschung.

„Ruhrpott“ im Nordwesten: aber sauberer?!

Quellen: Prognos AG; IWConsult, HWWI

DER NORDWESTEN UND DER OSTEN BIETEN GROSSE CHANCEN
Karten zu freien Flächen und zur Wachstumsdynamik in den Landkreisen

Grünbezugsflächen
 □ keine freien Grünbezugsflächen über 20 ha vorhanden
 ■ freie Grünbezugsflächen über 20 ha vorhanden

Zukunftsausdehnungsindex
 Wirtschaft & Innovation
 □ 11-16 schwach
 □ > 16-20
 □ > 20-24
 □ > 24-28
 □ > 28-32
 □ > 32-50 stark

Abbildung: Die regionale Verteilung der Wasserstoffpotenziale

Abbildung: Die regionale Verteilung der Wasserstoffpotenziale

Abbildung: Die regionale Verteilung der Wasserstoffpotenziale

- **Besondere Standortvorteile** der Region: „come to where the power is!“
- Region zeichnet sich durch eine **besondere Dynamik** aus, aber ...
- Rolle von **Wasser als Standortfaktor** bisher oft vernachlässigt!

Strategierat Wasser

Ein Strategierat Wasser kann vor dem Hintergrund der neuen Herausforderungen eine **wichtige Rolle als regionales Sprachrohr** spielen und **Impulse für die regionale Entwicklung** in Richtung auf eine **zukunftsfähige, resiliente Wasserwirtschaft** geben.

Das Thema Wasser haben wir in der Arbeitsgemeinschaft der Landkreise und kreisfreien Städte Weser-Ems intensiv diskutiert. Nun gibt es seit vergangenem September einen Strategierat Wasser. Der Vorsitzende ist Stephan Siefken, Landrat aus der Wesermarsch. In Weser-Ems gab es zuvor schon vier Strategieräte: Bioökonomie, Maritimes, Energie und Innovation in der Daseinsvorsorge. Die Arbeitsgemeinschaft der Landkreise und kreisfreien Städte Weser-Ems ist sehr daran interessiert, dass man an dem Thema arbeitet. Ich bin im Lenkungskreis, und es ist vorgesehen, dass Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter von mir an den sich gerade konstituierenden Arbeitsgruppen teilnehmen.

Abg. **Anne Kura** (GRÜNE): Wie kommt die Politik an die Ergebnisse dieses Strategierates? Wie werden diese weitergetragen? Sammeln Sie das und reichen es an die Ministerien weiter?

Nikolaus Jansen: Ziel ist natürlich, das in die Ministerien zu transportieren. Denn irgendwann werden wir Förderung brauchen, um weitermachen zu können. Das ist der übliche Weg. Die Grundstruktur ist wie bei den anderen Strategieräten. Mitglieder treten als Multiplikatoren auf. Die Politik ist durch die Arbeitsgemeinschaft der Landkreise und kreisfreien Städte eingebunden, die die Ergebnisse auch nach Hannover weitergibt. Dann gibt es zum Beispiel parlamentarische Abende, über die wir das kommunizieren wollen. Auch das NLWKN ist im Lenkungskreis vertreten. Darüber hinaus können Sie sich sicher sein, dass die Landräte und Oberbürgermeisterinnen entsprechend aktiv sind, was die politische Begleitung auch in Richtung Hannover angeht.

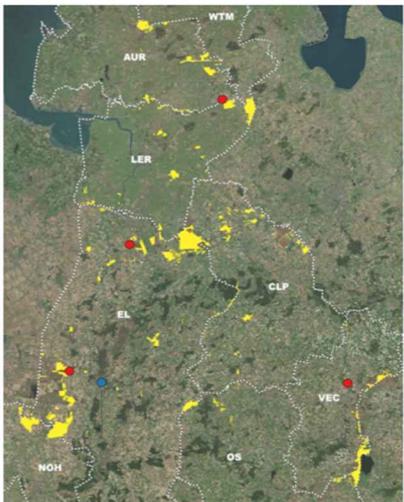
Das erste Ziel eines Strategierates ist es, eine Strategie auf den Tisch zu legen, die dann kommuniziert und verteilt wird. Das ist dann eine Broschüre von vielleicht 20 Seiten, und damit hat man schon einmal einen Überblick darüber, was geplant ist. Dann kommen die Einzelmaßnahmen und die Umsetzung, da geht es auch um Geld und politische Begleitung. Das ist die Kommunikation, die nach dem Erstellen der Strategie erfolgt.

Wir sehen unsere Region als Energiestandort Nummer eins in Deutschland - mit allem, was damit zusammenhängt. Das Ziel ist, die Energie nicht nur weiterzuleiten, sondern wir möchten als Standort davon partizipieren. Wir stellen uns vor, der Ruhrpott des Nordwestens zu werden, nur sauberer.

Aufgaben Moorverwaltung

- **Grundbesitzverwaltung** des ML (ohne Forstflächen)
- Auftragsverwaltung des MU (Flächen für **Naturschutzzwecke**) in den genannten Landkreisen
- Praktische Ausführung des **Moorschutzprogramms** auf Landesflächen
- Pflegemaßnahmen für **Naturschutzverwaltung** (operativ)
- Allgemeine **Grundstücksunterhaltung**

Staatliche Moorverwaltung



 **Amt für regionale Landesentwicklung
Weser-Ems**

Ich habe das Thema Moorverwaltung aufgenommen, weil es uns in jüngster Zeit sehr beschäftigt hat. Die Staatliche Moorverwaltung ist 1935 entstanden, war mal selbstständig, aber meist angegliedert an verschiedene Behörden, mal bei der Bezirksregierung, mal beim Landesamt für Geoinformation und Landesvermessung, jetzt ist es beim Amt für regionale Landesentwicklung. Das hat den Vorteil, dass wir das Backoffice, was Personal, Organisation und Haushalt betrifft, übernehmen. Damit hat sie quasi eine Familie, die sich durch meine Person für ihre Belange

einsetzt. Die Aufgaben entnehmen Sie der Folie. Auf der Karte ist zu sehen, dass es bei uns vergleichsweise viel Moor gibt. Im Lüneburger Raum gibt es etwas weniger als bei uns und noch etwas weniger gibt es im Bereich Leine und Weser. Ich meine, wir verwalten 18 000 ha.

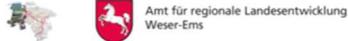
Budget der Moorverwaltung

- rund 3,2 Mio €
- nicht berücksichtigt:
 - Personal
 - Maschinen
 - Gebäude
 - Grundstücke
 - Querschnittsaufgaben
- Verwaltung/Planung ~ Umsetzung
1/3



29.02.2024

Staatliche Moorverwaltung



Wir haben ein relativ überschaubares Budget. Wir gehen in die Fläche und pflegen sie. Wir haben sehr gut entwickelte, hervorragend vernässte Moorflächen, auf die wir sehr stolz sind und die durchaus auch als Blaupause für die Weiterentwicklung von Moorflächen - Stichwort „CO₂-Speicher“ - gesehen werden können.



Dieses Bild wollte ich Ihnen gern zeigen. Wenn sehr viel Wasser kommt, kann nicht mal das Moor es aufnehmen. Bei zu viel Wasser ist der Druck so groß, dass eine Fläche havariieren kann. Dann

sieht das so aus wie am Meerkolk in Geeste. Im unteren Bereich grenzen landwirtschaftlich genutzte Flächen an. So etwas führt natürlich zu schlechter Stimmung. Was man im Bild nicht sieht: Das Gleiche ist auch im Norden passiert. Dort ist der ganze Wall meterweit verschoben. Das war morgens am 26. Dezember 2023. Nachmittags standen meine Leute auf der Moorfläche, und bis zum 6. Januar 2024 hatten wir zumindest die Landwirtinnen und Landwirte mitgenommen. Wir haben Maschinen von außerhalb anmieten müssen, weil wir welche mit sehr langen Greifarmen brauchten, um das Wasser einzudämmen. Unser Bagger kam dort nicht hin. Sowa braucht keiner. Ich wollte das nur einmal zeigen, um deutlich zu machen, dass man sich zwar viel Gutes vorstellen kann, aber man, wenn so ein Ereignis kommt, wieder von vorn anfangen muss. Der tatsächliche ökologische Schaden ist immens. Diese Fläche wurde über Jahre und Jahrzehnte sehr gut hergerichtet, und von einem Tag auf den anderen ist sie zu einem großen Teil zerstört worden.

Wir haben die Kosten kalkuliert. Sie liegen bei 9,8 Millionen Euro, um den größten Schaden zu beseitigen. Wir haben auch eine Verkehrssicherungspflicht. So etwas kann passieren, aber es sollte kein zweites Mal passieren. Deshalb müssen wir da, was die Begrenzungen betrifft, ganz anders herangehen. Dort einfach eine Mauer einzurammen, ist bei dem Boden auch nicht so einfach. Das muss man also gut durchdenken und einen guten Plan machen.

Abg. **Christoph Eilers** (CDU): Sie brauchen also 9,8 Millionen Euro, um das wiederherzustellen. Bekommen Sie auch Geld aus der Hochwasserhilfe?

Nikolaus Jansen: Woher das Geld kommen soll, wird im ML und im MU diskutiert. Wir sind noch in der Findungsphase. Aber der entsprechende Bericht liegt vor, und wir müssen sehen, wie wir damit umgehen.

Abg. **Christoph Eilers** (CDU): Mich wundert, dass dort ein Wall um die Moorfläche ist, und diese ein bis eineinhalb Meter höher liegt als die landwirtschaftlichen Flächen. Ist das bei vielen Flächen der Fall, dass es einen solchen Höhenunterschied gibt?

Nikolaus Jansen: Das ist nicht zwingend eine Ebene. Das Moor wächst ja.

Abg. **Björn Meyer** (SPD): Bewirtschaftete ehemalige Moorflächen sinken sogar ab, weil das darunter befindliche Moor degeneriert. In meinem Wahlkreis bleiben denaturierte Flächen oft auf einer Höhe, während die bewirtschafteten immer weiter absinken. In einigen Gegenden sind die Wege anderthalb Meter höher als die bewirtschafteten Flächen.

Abg. **Ulf Prange** (SPD): Als Laie in dieser Frage: Muss man sich jetzt konzeptionell anders aufstellen? Denn diese Starkregenereignisse werden zunehmen. Auch wenn man diesen Wall erhöht, könnte sich solch ein Ereignis wiederholen. Bei einem Etat in Höhe von 3,2 Millionen Euro ist ein Schaden von 9,8 Millionen Euro enorm. Wären vielleicht Übergangsflächen sinnvoll? Wird so etwas diskutiert?

Nikolaus Jansen: Tatsächlich diskutieren wir, soweit ich mich erinnere, dieses Thema seit 2008. 2008 stand für das Gebiet „Block 700“ schon im Raum, dass eine solche Situation dort irgendwann eintreten könnte und wir den Bereich sichern müssen. Da gab es verschiedene Modelle. Eines war, einen Rahmen darum herum zu schaffen. Schon damals hätte das Kosten von 5 Millionen Euro verursacht. Jetzt müssen wir ein Konzept finden, wie wir sowas für den Meerkolk dauerhaft richten können. Da gibt es verschiedene Modelle. Ich da aber kein Experte und kann

das nicht näher erläutern. Im Moment geht es erst einmal um Schadensregulierung und Schadenersatz für die Landwirtschaft. Parallel wird darüber nachgedacht, wie wir grundsätzlich damit umgehen und was wir künftig tun können. Vielleicht muss man auch insgesamt noch einmal über die Moorvernässung nachdenken.

Abg. **Christoph Eilers** (CDU): Es erschreckt mich schon, dass so ein Schaden bereits Kosten von 9,8 Millionen Euro verursacht.

Nikolaus Jansen: Dabei muss auch die Renaturierung mitgedacht werden. Die Fläche muss so verändert werden, dass sie sich wieder erholen kann. Zunächst muss natürlich das Wasser weg, aber am Ende geht es um die Erhaltung des Moores.

Abg. **Guido Pott** (SPD): Ich weiß auch nicht, wie man auf die Summe von 9,8 Millionen Euro kommt, aber ich kann mir vorstellen, dass es nicht kostengünstig ist, das Moor wieder in den ursprünglichen Zustand zu bringen.

Apropos ursprünglicher Zustand: Die Wiedervernässung ist auch ein Thema, über das man nachdenken muss. Das wird immer wieder in Zusammenhang mit CO₂-Bindung genannt. Es ist auch eine Idee, gemeinsam mit der Landwirtschaft zu überlegen, ob man dort zu einer Wiedervernässung kommen kann. Denn Ulf Prange hat recht: Ein solches Ereignis, wie wir es gerade erlebt haben, kann auch für die Zukunft nicht ausgeschlossen werden. Dann ist es vielleicht sinnvoll, die Erkenntnis zu gewinnen, dass man dort entsprechend wiedervernässt.

Ansonsten möchte ich die Gelegenheit nutzen und mich für die gute Arbeit der Staatlichen Moorverwaltung bedanken. Man hört immer wieder, wie aktiv man dort ist. Das ist nicht selbstverständlich. Was dort mit 42 Mitarbeitenden geleistet wird, ist vorbildlich.

Die deutsch-niederländische Zusammenarbeit



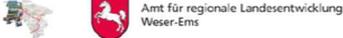
Ilona Heijen (ArL): Die Niederlande sind politisch und wirtschaftlich unser vertrautester Freund und Partner. Mit keinem anderen Land der Welt haben wir einen derartigen Austausch. Das gilt für Recht und Verwaltung, aber insbesondere auch für die Wirtschaft. Die Niederlande sind auch der wichtigste Handelspartner für Niedersachsen.

Es gab schon immer gute Gespräche und einen vielfältigen Austausch. Im Jahr 2019 haben wir die bestehende Kooperationsagenda Deutschland-Niederland mit unseren angrenzenden Provinzen auf niederländischer Seite Drenthe, Fryslân, Groningen und Overijssel geschlossen. Diese Kooperation strukturiert die Zusammenarbeit, die es schon seit Jahren gab, legt Schwerpunktthemen fest und vereinfacht die Gespräche durch feste Strukturen.

Die Schwerpunktthemen, die seinerzeit festgelegt worden sind, sind Wirtschaft und Handelsförderung - das liegt angesichts des bilateralen Handelsvolumens auf der Hand -, Arbeitsmarkt, Bildung und Sprache, Energie und Klima, Infrastruktur und Erreichbarkeit, aber auch Wasser und Natur. Die Natur hört nicht an der Grenze auf, das haben wir in der Vergangenheit schon vielfach gesehen.

Auf politischer Ebene gibt es dazu das 4+1-Treffen des Ministerpräsidenten mit den vier Commissaris van de Koning, auf Deutsch: Kommissare des Königs, den Oberhäuptern der vier Provinzen. Das Treffen findet einmal im Jahr statt und steht jetzt am 28. März wieder ins Haus. Vorbereitend bzw. ergänzend dazu gibt es ebenfalls auf politischer Ebene jährlich ein Dreiergespräch - die Niederländer nennen es Triloog - mit dem niederländischen Ministerium für Inneres und Königsreichsbeziehungen (Ministerie van Binnenlandse Zaken en Koninkrijksrelaties, kurz: BZK), Staatssekretär Dr. Mielke als Chef der Staatskanzlei und dem koordinierenden Kommissar des Königs - in unserem Fall ist das René Paas von der Provinz Groningen - sowie gegebenenfalls Fachministern.

Die Themen, die dort besprochen werden, werden durch eine Begleitgruppe auf Verwaltungsebene vorbereitet, die viermal jährlich tagt. Insofern findet auch eine Rückkopplung statt. Dort sind die Provinzen vertreten, das BZK bzw. das Ministerie van Buitenlandse Zaken sowie die Staatskanzlei bzw. das MB und das Amt für regionale Landesentwicklung. Das Ganze ist schlank organisiert und setzt auf die Gesprächsrunden und Kooperationskreise auf. Das MB wird im Wesentlichen von Herrn Jansen vertreten.



www.deutschland-niederland.eu



Deutschland-Niederland

Interreg-A-Programme haben eine lange Tradition, es gibt sie seit mehr als 30 Jahren. Wir befinden uns mittlerweile in der sechsten Förderphase der EU. Der Nutzen dieser Förderung wird auch gesehen, weil sie direkt in der Region ankommt. Sie hat sich aber über die Zeit verändert, ist höher geworden und hat sich thematisch sehr weiterentwickelt.

Programmgebiet und Partner

Deutschland-Niederland

3 Ministerien
4 Euregios
8 Provinzen

Logo: Interreg, Amt für regionale Landesentwicklung Weser-Ems

Ministerien:
 - Ministerium für Wirtschaftliche Zukunftsstrategie
 - Ministerium für Wirtschaft, Innovation, Digitalisierung und Energie des Landes Nordrhein-Westfalen
 - Ministerium für Wirtschaft, Innovation, Digitalisierung und Energie des Landes Nordrhein-Westfalen
 - Ministerium für Landes- und Europaregionalentwicklung und regionale Entwicklung

Provinzen:
 - Provincie Flevoland
 - Provincie Noord-Brabant
 - Provincie Overijssel
 - Provincie Gelderland
 - Provincie Drenthe
 - Provincie Limburg
 - Provincie Fryslân
 - Provincie Fryslân

Euregios:
 - EDR
 - EUREGIO
 - Euregio

Sie sehen hier das Fördergebiet von Interreg A, das früher viel kleiner war. Die Region Weser-Ems ist dort mit ihrer gesamten Fläche vertreten. Der Bereich reicht von den Ost- und Westfriesischen Inseln bis zum Rhein-Kreis Neuss in Nordrhein-Westfalen. In dieser Kooperation arbeiten insgesamt 15 Programmpartner, die ein gemeinsames Förderprogramm abgeschlossen haben. Das sind drei Ministerien - das niederländische Wirtschaftsministerium, das nordrhein-westfälische Wirtschaftsministerium und das niedersächsische Europaministerium - acht Provinzen auf niederländischer Seite und vier Euregios, die Grenzregionen an der deutsch-niederländischen Grenze. 15 Partner bedeuten 15 individuelle Interessen. Das ist eine große Herausforderung. Man muss zu Kompromissen kommen, auch weil in diesem Programm das Prinzip der Einstimmigkeit gilt. Das ist gelungen.

Prioritäten & Budget

Deutschland-Niederland

Logo: Interreg, Amt für regionale Landesentwicklung Weser-Ems

| | | |
|--|---|--|
| | Priorität 1 Ein innovativeres Programmgebiet | Gesamtvolumen Interreg VI A Programm: |
| | | € 465.798.619,84 |
| | Priorität 2 Ein grüneres Programmgebiet | Prio 1 |
| | | € 101.260.569,53 |
| | Priorität 3 Zusammen an einem verbundenen Grenzgebiet arbeiten | Prio 2 |
| | | € 45.004.697,57 |
| | | Prio 3 |
| | | € 39.379.110,37 |
| | Priorität 4 Ein bürgernäheres Europa im Grenzgebiet | Prio 4 |
| | | € 39.379.110,37 |

Insofern haben wir jetzt das Programm Interreg VI A - Deutschland-Niederland mit vier Prioritäten, die die Programmpartner aus den Vorgaben der EU erarbeitet haben. Die Prioritäten 1 und 2 haben als Ziel, die kleinen und mittleren Unternehmen zu fördern, insbesondere deren Innovationskraft, einmal allgemein und einmal mit dem Schwerpunkt auf einem grüneren Programmgebiet. Die Unternehmen können maximal 50 % Förderung erhalten. Weil es umfassende Prioritäten sind, ist auch eine etwas andere Form der Beschlussfassung vorgesehen. Tatsächlich entscheiden alle 15 Partner gemeinschaftlich über die Anträge. Auch ein Expertenausschuss ist vorgesehen, um die Innovationskraft zu bewerten. Das Prinzip der Einstimmigkeit gilt auch dort.

Die Prioritäten 3 und 4 haben einen eher soziokulturellen Fokus und richten sich mehr auf die entsprechenden Regionen bzw. Teilregionen des Förderprogramms. Das Zusammenwachsen der Grenzregionen soll gefördert werden. Auf der Folie sehen Sie das jeweilige Budget. Das Gesamtvolumen des Programms beträgt rund 465 Millionen Euro. 65 % der Mittel sind für die Innovationsförderung und 35 % für das Zusammenwachsen des Grenzgebietes vorgesehen.

Das Besondere am Interreg-A-Programm ist, dass dort nicht nur die EFRE Förderung einfließt, sondern es auch eine regionale Kofinanzierung gibt. Jeder Programmpartner hat sich verpflichtet, Mittel für das Programm zur Verfügung zu stellen. Für Niedersachsen läuft das über das MB. Wir sind dafür sehr dankbar, denn dies ermöglicht es, viele gute Projekte umzusetzen. Jedes Projekt ist also durch die europäische EFRE-Förderung, die Eigenmittel der Partner und die Kofinanzierung der regionalen Interreg-Partner finanziell getragen. Die Finanzierung wird gemeinschaftlich 50 : 50 von den Ländern getragen.

Projektanforderungen



- Grenzübergreifende Zusammenarbeit: mind. ein Partner aus D und einer aus NL
- Grenzübergreifender Mehrwert
- Bedarf / Nachfrage / Marktchancen
- Innovativ* und KMU-Beteiligung
- Kontinuität und positive Effekte nach Projektende

Interreg A fördert die direkte grenzübergreifende Zusammenarbeit zwischen Deutschland und den Niederlanden. Das heißt, ein Projekt wird gemeinsam geplant, gemeinsam ausgeführt und auch gemeinsam finanziert. Das ist die Art und Weise, in der das Programm Zusammenarbeit definiert. Diese Zusammenarbeit ist kein Selbstzweck und soll nicht nur den Partnern zur Verfü-

gung stehen und zugutekommen. Deshalb muss jedes Projekt einen grenzübergreifenden Mehrwert haben. Das ist der Kern dieser Förderung, denn eine grenzübergreifende Abstimmung bedeutet immer einen Mehraufwand. Dafür steht diese EU-Förderung zur Verfügung.

Das heißt nicht, dass jedes Projekt völlig gleich gestaltet sein muss und die Projekte gleichmäßig verteilt sein müssen. Das kann je nach Thema und Partnerkonstellation variieren, aber in der Summe gleicht sich das aus.

Die Projekte sollen sich natürlich am Bedarf, an der Nachfrage und an den Marktchancen orientieren und innovativ für das Programmgebiet sein sowie den Fokus auf kleine und mittlere Unternehmen haben. Das kann Produkte und Prozesse betreffen, es können aber auch neue Geschäftsmodelle sein, insbesondere auch klimafreundliche Lösungen für regionalspezifische gesellschaftliche Herausforderungen. Wichtig bei allen Projekten ist die Kontinuität. Das Projekt darf nicht mit dem Ende der Förderung enden, sondern muss sich darüber hinaus auswirken und positive Effekte haben.

**Priorität 1 –
Ein innovativeres Programmgebiet**



- Grenzübergreifende **Innovationsprojekte** und **KMU-Netzwerke**
(Fokusthemen: HTSM, Agro & Food, Energie & Klima, Health & Care)
- Innovative **Technologien** und **Digitalisierung** der Prozesse in KMU
- Kompetenzentwicklung für **zukunftsfähiges Unternehmertum** in KMU



Ich möchte jetzt auf die einzelnen Prioritäten eingehen und jeweils ein Beispiel dazu nennen. Bei der Priorität 1 geht es um grenzübergreifende Innovationsprojekte und Netzwerke der kleinen und mittleren Unternehmen, gern in Kooperation mit den Hochschulen auf beiden Seiten der Grenze. Die Fokusthemen sind insbesondere High-Tech Systems and Materials, Agro und Food - sehr wichtig für unseren Bereich -, Energie und Klima und Health and Care. Ebenso können Digitalisierungsprozesse Teil von Projekten sein oder zukunftsfähiges Unternehmertum, also neue Geschäftsprozesse.

Beispiel - EMPHATI





- Produktentwicklung auf Basis des **Biokunststoffs PHA** insbesondere für 3D Druck und Spritzgussverfahren
- 3N Kompetenzzentrum e.V, Bekuplast GmbH, Bio-Cooperative, Ecoras, H&P Moulding BV, HS Bremen, IST Ficotex e.K., NHL Stenden, TKT Kunststoff Technik GmbH





Budget: 3.368.715 €

Geschlossener und offener Projektteil

Ein Beispiel dafür ist das Projekt EMPHATI. Die Abkürzung PHA versteckt sich in diesem Titel. PHA, das ist ein besonderer Biokunststoff, der noch nicht so häufig verwendet wird. Die Biokunststoffprodukte, die man heute kennt, bestehen aus PLA. PHA ist noch recht teuer in der Herstellung und wird häufig aus China importiert. Es hat aber mit Blick auf die biologische Abbaubarkeit bessere Eigenschaften als PLA und wird derzeit vielfach in der Medizintechnik für Implantate, Nähte und Ähnliches verwendet. Nun hat sich ein kleines Konsortium rund um das 3N Kompetenzzentrum in Werlte gefunden, welches diesen Antrag vorrangig initiiert hat und als Partner verantwortlich umsetzen wird. Es arbeitet zusammen mit Betrieben auf der deutschen und niederländischen Seite, die Kunststoff verarbeiten und auf der Suche nach einer neuen bio-basierten Möglichkeit für ihre Produkte sind, weil sie merken, dass die Nachfrage vorhanden ist. Die Kunden fragen danach und verlangen es. Übergreifend soll daran gearbeitet werden, PHA per 3D-Druck- oder Spritzgussverfahren so zu verwenden - zum Beispiel durch das Beimengen von Biokomposite, also von Fasern -, dass sie stabil sind und die Eigenschaften haben wie bislang herkömmlicher Kunststoff. Die Besonderheit bei diesem Projekt ist, dass es einen offenen und einen geschlossenen Projektteil gibt. Das heißt, es sind 1 Million Euro an Fördermitteln reserviert für Unternehmen, die sich im Laufe des Projektes anschließen und eine Machbarkeitsstudie oder ein Pilotprojekt ausführen wollen, um diesen Kunststoff zu testen. Zehn Partner sind an dem Projekt beteiligt. Dahinter steht wiederum ein Netzwerk an Profiteuren, an assoziierten Partnern, die die Erkenntnisse ebenfalls verwenden können, das natürlich noch viel größer ist. Aber bei Interreg-A-Projekten gibt es die Vorgabe, dass die Partnerschaft maximal aus zehn Partnern bestehen darf. Es gibt aber noch viel mehr Unternehmen, die darüber erreicht werden, insbesondere durch einen offenen Projektteil.

**Priorität 2 –
Ein grüneres Programmgebiet**






- **Klimaanpassung, Prävention und Resilienz** – Entwicklung von Strategien, Pilot-/Demonstrationsprojekte
- **Innovationsprojekte** und **KMU-Netzwerke** mit Schwerpunkt **Kreislaufwirtschaft**
- Entwicklung **umweltfreundlicher Produktionsprozesse** und **zirkulärer Geschäftsmodelle** in KMU



Ich komme zur Priorität 2.

Beispiel – Citylogistic 2.0






- Logistik in Innenstädten klimafreundlicher gestalten durch mobiles, intelligentes und nachhaltiges **Distributionssystem**
- New Energy Coalition, OLEC e.V., Rijksuniversiteit Groningen, Hanze Hogeschool, Jade Hochschule, Dyntec BV, Bussmann Holzbau GmbH, Loohuis Installationstechnik GmbH, Electric-Special Photonicsysteme GmbH, Fulpra IP BV

Budget: 5.393.634 €



Auch dazu habe ich Ihnen ein Projektbeispiel mitgebracht. In diesem Projekt wird ein intelligenter, mobiler Hub aus nachhaltigen Baumaterialien, im Wesentlichen Holz, entwickelt, der energieautark konzipiert wird, sodass er keine Anschlüsse benötigt. Die Idee ist, in den Innenstädten Baulücken oder Grundstücke, die für eine gewisse Zeit zur Verfügung stehen, für die letzte Meile zu nutzen. Das Ganze ist mobil gedacht, sodass es später auch einfach umgesetzt werden und an veränderte Logistikprozesse angepasst werden kann. Passend dazu soll ein elektrisches Fahrzeug entwickelt werden, dass auch automatisch gesteuert werden kann. Der Hub wird gebaut

und in Oldenburg in einem Neubaugebiet und in Groningen auf dem Universitätsgelände getestet. Insbesondere Logistikunternehmen haben großes Interesse daran, diese Lösung für die letzte Meile zu testen, so will zum Beispiel die Citypost das System in Oldenburg testen.

Die anderen beiden Prioritäten sind soziokulturell geprägt und werden regional beschlossen. Herr Jansen ist der Vorsitzende des Lenkungsausschusses bei der Ems Dollart Region und auch bei EUREGIO im Ausschuss vertreten. Dort werden diese Projekte angeschlossen, weil sie den Fokus auf die regionalen Besonderheiten haben.



Interreg
Deutschland-Niederlande



Das Rheinland von
der Europäischen Union
Mitgliedstaaten
von der Region
des Ems-Dollart



Amt für regionale Landesentwicklung
Weser-Ems

**Priorität 3 –
Zusammen an einem verbundenen Grenzgebiet arbeiten**

- Zugang zum grenzübergreifenden **Arbeitsmarkt** verbessern
- Verbesserung des **Bildungsangebots** und der grenzübergreifende Austausch von Informationen über Qualifikationen
- Grenzübergreifende Zusammenarbeit im Bereich der **Gesundheitssysteme**



Die Priorität 3 kombiniert die Themen Arbeitsmarkt und Bildung mit dem Bereich Zusammenarbeit der Gesundheitssysteme, Patientenmobilität, aber auch Zusammenarbeit der Gesundheitsdienstleister.

**Zusammen entwickeln –
Technology & Health**

- Gemeinsame grenzübergreifende **Weiterentwicklung der Pflegeausbildung**: neue Technologien, Prävention und positive Gesundheit
- Hanzehogeschool Groningen, Bezirksverband Oldenburg, Conerus-Schule Norden, Dappr, HS Osnabrück, NetzwerkZON, Oosterlengte, Patyna, Treant Zorggroep, UMCG



Budget: 775.290 €



Auch hier habe ich Ihnen ein Beispiel mitgebracht. In diesem kommen die Themen Bildung und Gesundheit zusammen. Das Projekt „Zusammen entwickeln - Technology and Health“ ist aus einer Zusammenarbeit entstanden, die einen anderen Fokus hatte. Dabei ging es darum, niederländische Auszubildende über die Grenze hinweg zu vermitteln, in einem Zeitraum, in dem es tatsächlich wenig Praxisplätze auf der niederländischen Seite gab und der Bedarf an Fachkräften auf deutscher Seite schon sehr groß war. Mittlerweile ist das anders. Die Arbeitsmärkte haben sich angeglichen. Das Netzwerk arbeitet aber weiter und hat gerade die Umstrukturierung in der Pflegeausbildung auf deutscher Seite zum Anlass genommen, die Kooperation fortzuführen. Es sind sehr viele Pflegeeinrichtungen und Krankenhäuser einbezogen, aber auch die Schulen und Ausbildungseinrichtungen, sowohl auf Berufsschul- als auch auf Hochschulebene. Das verbindende Thema ist, neue Techniken in die Ausbildung einzubringen. Dabei geht es nicht nur um Techniken für die bessere Patientenpflege, sondern auch um Techniken für die Ausbildung selbst, das heißt, über VR-Brillen und bestimmte Simulationsmodelle die Pflege virtuell zu üben, bevor man sie am Patienten anwendet. Es ist durchaus reizvoll und attraktiv für die Auszubildenden, auf diese Art und Weise zu lernen. Zentral in diesem Projekt ist auch die Prävention - und das in zwei Richtungen: Wie bleibt der Patient länger gesund bzw. stabil, und wie bleibt die Pflegekraft gesund in ihrem Beruf? - Das alles wird aus dem Blickwinkel der positiven Gesundheit gesehen. Das ist ein Begriff, der aus den Niederlanden stammt. Dabei geht es darum, zu schauen, was der Patient noch kann und wie man das bestärkt, anstatt defizitorientiert zu schauen, was man noch alles behandeln muss. Auch dahinter steht ein großes Netzwerk an Schulen, die ein großes Interesse haben, regelmäßig zu den Vernetzungstreffen kommen, sich die neusten Entwicklungen anhören und gegebenenfalls von Veranstaltungen und Besuchen in Pflegeeinrichtungen, in denen schon neue Technik verwendet wird, zu profitieren.

**Priorität 4 –
Ein bürgernäheres Europa im Grenzgebiet**

- **Good Governance:** grenzübergreifende **Zusammenarbeit von Behörden** und öffentlichen Institutionen und Projekte mit **Bürgerbeteiligung**
- Aufbau von gegenseitigem Vertrauen, insbesondere durch **People-to-People-Projekte**





Die Priorität 4 hat ein bürgernäheres Europa im Grenzgebiet zum Ziel. Dabei gibt es zwei Achsen, zum einen geht es um Good Governance, also um die Zusammenarbeit von öffentlichen Institutionen und Behörden, und um Projekte mit Bürgerbeteiligung.

Beispiel - Kleinprojektfonds

- Initiativen mit einer max. Förderung von 25.000 € in den Themen:
 - Bildung
 - Governance
 - Gesundheit
 - People-to-People

Budget: 4,85 Mio. €
pro Region (4x)





Als Beispiel möchte ich Ihnen gern den Kleinprojektfonds vorstellen. Schon in den vergangenen Förderphasen der Interreg-A-Förderung gab es immer eine People-to-People-Förderung. Die Begegnung der Menschen ist dabei zentral. Der Kleinprojektfonds nimmt das auf und macht es in einer administrativ sehr einfachen Art und Weise möglich, Projekte mit einem kleineren bis mittleren Volumen durchzuführen. Das sind beispielsweise eintägige Begegnungsveranstaltungen:

Eine Schulklasse aus den Niederlanden trifft sich mit einer aus Deutschland, Musikvereine veranstalten ein gemeinsames Konzert oder Sportvereine machen etwas zusammen. Diese Veranstaltungen werden dann pauschal mit 750 Euro pro Treffen gefördert. Das ist sehr niederschwellig, die Förderung wird gleich mit der Antragsgenehmigung ausgezahlt und der Nachweis ist, dass die Veranstaltung stattgefunden hat. Einfacher kann man es für die Antragsteller nicht machen, das wissen sie auch zu schätzen und nutzen es sehr gern. Das Programm erreicht auch eine hohe Öffentlichkeitswirksamkeit, weil über solche Veranstaltungen häufig in den Medien berichtet wird und dabei auch benannt wird, dass sie mit europäischen Fördermitteln unterstützt worden sind. Die einzige Voraussetzung dafür ist, dass es einen deutschen und einen niederländischen Partner gibt, das Thema ist zweitrangig.

Die nächste Stufe sind kleine Kooperationsprojekte oder beispielsweise Studien, die bis zur Hälfte der Kosten mit maximal 25 000 Euro unterstützt werden können. Hier wird auch pauschal abgerechnet. Es wird ein Kostenplan festgesetzt, und bei erfolgreicher Projektumsetzung wird das Geld ausgezahlt.

Nikolaus Jansen: Mit diesen Kleinprojekten wird deutlich, dass man so eine Förderung auch sehr einfach halten kann. Für eine Busfahrt, die ich mit einer Schulklasse in die Niederlande mache, muss ich keinen seitenlangen Verwendungsnachweis ausfüllen, sondern das bekommen wir ganz schlank hin. Die Menschen können auf ein erfolgreiches Event schauen und sagen: Das war einfach, das machen wir gern wieder. - Dadurch transportieren wir auch den europäischen Gedanken. Die Menschen sollen positiv auf Europa schauen. Aus meiner Sicht ist das damit sehr gut gelungen. Das ist auch der Ursprungsgedanke von Interreg. Wir bewegen uns zwar immer mehr in den Bereich Innovation, Klima usw., aber aus meiner Sicht ist es wichtig, immer die Menschen mitzudenken. Man muss sie mitnehmen und ihnen deutlich machen, dass auch sie selbst die Instrumente nutzen können. Das ist hier hervorragend gelungen.

Ilona Heijen (ArL): Inzwischen ist auch angekommen, dass das wirklich so einfach ist und wir keine Kontoauszüge sehen wollen. Entsprechend wird das sehr gern und intensiv genutzt. Die Projekte sind auch sehr vielfältig, die unterschiedlichsten Gruppen nehmen die Förderung in Anspruch. Der Kleinprojektfonds ist das Projekt mit der größten Reichweite und der breitesten Zielgruppe und häufig der Einstieg in weitere Zusammenarbeit. Viele größere Interreg-Projekte sind aus dem Kleinprojektfonds entstanden. Man kann einfach mal schauen, ob das Thema passt, ob es sinnvolle grenzübergreifende Ansätze gibt, sich zusammensetzen und erste Veranstaltungen machen, sich dem Thema vielleicht auch mit einer Studie nähern und das dann weiterentwickeln.

Die Interreg-A-Förderung ist sowohl thematisch - von technologischen Innovationsprojekten bis hin zur Bürgerbegegnung - als auch finanziell - von 750 Euro bis hin zu 10 Millionen Euro Förderung - sehr breit. Alles ist möglich, solange die Projekte grenzübergreifend deutsch-niederländisch sind.

Abg. **Uwe Schünemann (CDU):** Meiner Erfahrung nach muss, sobald EU-Mittel involviert sind, immer sehr detailliert belegt werden, wofür wie viel Geld ausgegeben worden ist. Ist das hier anders? Gibt es eine Schwelle, unterhalb der man keinen Nachweis benötigt?

Ilona Heijen (ArL): Es gibt die Möglichkeit, die durchschnittlichen Kosten nachzuweisen, um zu einer Pauschale zu kommen. Das hat man bei den Tagesveranstaltungen gemacht und ist zu

einer Pauschale von 750 Euro gekommen. Dieser Nachweis ist sehr umfassend, aber es lohnt sich, das einmal zu tun, um im Weiteren mit einer Pauschale arbeiten zu können. Man weist nach, wie man zu dieser Pauschale gekommen ist. Bei dem anderen Weg - das betrifft jetzt Förderungen bis 25 000Euro - wird ein Kostenplan im Vorfeld geprüft. Wenn er geprüft und als wirtschaftlich nachvollziehbar eingeschätzt worden ist, wird die Förderung im Nachhinein auch ausbezahlt. Da gibt es dann keine Nachweispflicht mehr. Auch Personalkosten können beispielsweise nach bestimmten Funktionsgruppen pauschal abgerechnet werden. Da sind wir auch den Weg gegangen, vorher die durchschnittlichen Personalkosten zu ermitteln und zu prüfen, wie man sie pauschal nach Funktion zusammenfassen kann.

Nikolaus Jansen: Dabei ist weniger die EU das Problem, sondern die Abstimmung zwischen den Partnern, weil in den Niederlanden deutlich höherer Gehälter gezahlt werden als in Niedersachsen. Da auf einen Nenner bezüglich auf eine Kostenpauschale für eine Leistungsgruppe zu kommen, ist schwierig, insbesondere, wenn man an den Landesrechnungshof denkt, der die Pauschalen im niedersächsischen Vergleich sicherlich nicht für realistisch hält. Man muss dann erst einmal begründen, dass man im internationalen Bereich unterwegs ist und niemanden aus den Niederlanden zu diesen Preisen hier einsetzen könnte.

Die länderübergreifende regionale Zusammenarbeit

Interreg B und C Europe in Weser-Ems




Amt für regionale Landesentwicklung
Weser-Ems

Interreg B: Transnationale Zusammenarbeit

- Kooperationsprojekte mit Partnern aus verschiedenen EU-Ländern
- Bearbeitung regionsspezifischer gemeinsamer Problemstellungen
- Anstoßen von Investitionen, die über die Projektlaufzeit hinaus wirken

→ **Interreg Nordsee & Nordwesteuropa**

Interreg C: Interregionale Zusammenarbeit

- Kooperationsprojekte mit Partnern aus verschiedenen EU-Ländern
- Verbesserung von regionalen Politikinstrumenten und Förderprogrammen
- Austausch von Erfahrungen und Wissen zwischen öffentlichen Akteuren und Behörden
- Voneinander lernen, wie Regionalpolitik erfolgreich betrieben werden kann

→ **Interreg Europe**



Dr. Marta Jacuniak-Suda (ArL): Ich möchte Ihnen noch einen Überblick über weitere Programme, an denen unser Amt beteiligt ist, geben. Das ist einmal Interreg B - Transnationale Zusammenarbeit. Dazu gehören die Programme Nordsee - auf der Karte blau gekennzeichnet - und Nordwesteuropa - auf der Karte grün gekennzeichnet. Das sind größere räumliche Zusammenhänge. Charakteristisch für beide Programme ist, dass es sich um Kooperationsprojekte zu regionalspezifischen Herausforderungen handelt, an die sich Investitionen anschließen sollen.

Dann gibt es das Programm Interreg Europe, dort wird EU-weit zusammengearbeitet. Dabei geht es um Kooperationen zwischen Behörden und öffentlichen Einrichtungen und um die Frage, wie man Regionalpolitik zum Beispiel im Bereich Mobilität, Klimaanpassung und Energie verbessern kann. Der Erfahrungsaustausch spielt dabei eine große Rolle.

Im Folgenden möchte ich Ihnen die einzelnen Programme kurz vorstellen.

INTERREG B Nordseeprogramm 2021-2027

Interreg North Sea Region
 Amt für regionale Landesentwicklung Weser-Ems

- Deutschland (Bremen, Hamburg, Niedersachsen [Vorsitz], Schleswig-Holstein)
- Niederlande
- Belgien
- Frankreich
- Norwegen
- Schweden
- Dänemark



Kofinanzierungsrate: 60 %
 Budget: € 158 Mio. EUR

Die Teilnehmer entnehmen Sie der Folie. Großbritannien ist aufgrund des Brexits leider nicht mehr dabei. Die Kofinanzierungsrate wurde im Vergleich zum vorherigen Förderzeitraum auf 60 % erhöht. Das Nordseeprogramm ist in der Region Weser-Ems sehr beliebt. Es gibt jedes Jahr sehr viele Anträge und Genehmigungen.

INTERREG B Nordseeprogramm 2021-2027

Interreg North Sea Region
 Amt für regionale Landesentwicklung Weser-Ems

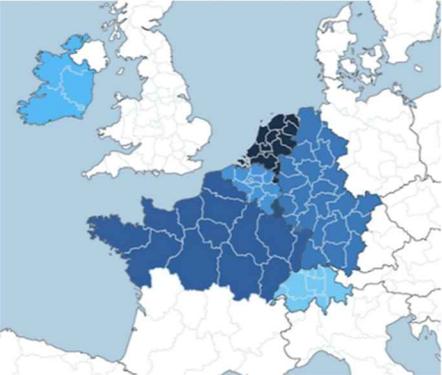
Thematische Ausrichtung

| 1 | 2 | 3 | 4 |
|---|--|---|---|
| Robust & smart economies | A green transition | Climate resilience | Better governance |
|  |  |  |  |
| Specific objectives | | | |
| 1.1 Research & innovation 1.2 Smart specialisation | 2.1 Energy efficiency & low emissions 2.2 Renewable energy 2.3 Smart energy, grids and storage 2.4 Circular economy 2.5 Multi-modal urban mobility | 3.1 Climate adaptation, risk & disaster 3.2 Biodiversity, pollution & green infrastructure | 4.1 Better cooperation governance |

Digitalisierung,
 Stadt-Land-Beziehungen,
 Nordseebecken (Stärken, Herausforderungen)
 als Querschnittsthemen für alle Prioritäten

Die thematische Ausrichtung orientiert sich an den politischen Prioritäten. Die Antragsteller müssen sich dann für ein spezifisches Ziel entscheiden. Ein roter Faden ist, dass links auf der Folie zu lesende Themen als Querschnittsthemen aufgegriffen werden sollen.

**INTERREG B Nordwesteuropa-Programm
2021-2027**



Kofinanzierungsrate: 60 %
Budget: 310 Mio. EUR





Amt für regionale Landesentwicklung
Weser-Ems

- Deutschland
u.a. Amtsbezirke
Leine-Weser und
Weser-Ems in
Niedersachsen
- Niederlande
- Belgien
- Nord-Frankreich
- Luxemburg
- Schweiz
- Irland

Sie sehen hier auf einen Blick den räumlichen Zuschnitt des Nordwesteuropa-Programms. Ganz Westdeutschlands ist dabei. Das ist für uns eine neue Entwicklung, weil wir uns als Ämter für regionale Landesentwicklung Weser-Ems und Leine-Weser erstmalig an diesem Programm beteiligen können. Wir lernen immer noch, wie die Förderregularien umgesetzt werden müssen. Nichtsdestotrotz gibt es großes Interesse seitens unserer regionalen Akteure. Interessant ist, dass wir erstmalig mit Dänemark, Frankreich, der Schweiz und Luxemburg etc. zusammenarbeiten können. Das sind neue Einrichtungen, die wir mit der Zeit kennenlernen.

**INTERREG B Nordwesteuropa-Programm
2021-2027**

Thematische Ausrichtung





Amt für regionale Landesentwicklung
Weser-Ems

1. Climate and environment

- Climate adaptation and disaster risk prevention (SO 2.4)
- Nature protection and biodiversity (SO 2.7)

4. Innovation and resilience

- Innovation capacities and uptake of technologies (SO 1.1)

2. Energy transition

- Energy efficiency (SO 2.1)
- Renewable energy (SO 2.2)

5. Inclusive society

- Access to employment (SO 4.1)
- Access to healthcare (SO 4.5)
- Culture and sustainable tourism (SO 4.6)

Digitalisierung als Querschnittsthema für alle Prioritäten

Die thematische Ausrichtung ist ähnlich wie beim Nordseeprogramm. Hinzu kommen die inklusive Gesellschaft, der Zugang zum Arbeitsmarkt, die Verbesserung des Zugangs zu Gesundheitsdienstleistungen, Kultur und Tourismus.

INTERREG B Nordsee + Nordwesteuropa

Wer kann grundsätzlich als Partner gefördert werden?

- Öffentliche Behörden (Bund, Länder, Regionen, Kommunen)
- (Öffentliche) Dienstleister
- Forschungseinrichtungen und Hochschulen
- Kammern, Vereine und Verbände
- Organisation der Wirtschaftsförderung
- Unternehmen
- Nichtregierungsorganisationen

Interreg 
North Sea Region

Interreg 
North-West Europe



Amt für regionale Landesentwicklung
Weser-Ems

Suche nach Partnern:
<https://www.interregnorthsea.eu/partner-search>



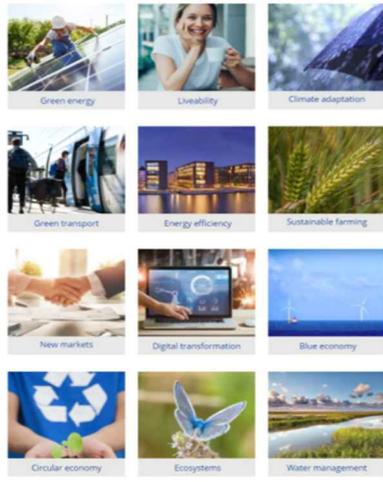
Ich habe die Förderregeln beider Programme zusammengefasst, weil sich beide ähneln. Wichtig ist, dass man auch unterschiedliche Einrichtungen aus verschiedenen Sektoren einbezieht, insofern sollte man unterschiedliche Perspektiven im Projekt abbilden können. Auch Unternehmen sollten in Projekten vertreten sein, aber es ist etwas anders als bei Interreg A. Man schaut sehr genau, welche Unternehmen dabei sind. Bei Nichtregierungsorganisationen kann es Probleme mit der Kofinanzierung geben, denn jeder Partner, der an einem Projekt teilnimmt, muss einen Eigenanteil einbringen. Das ist für einige - auch für einige Vereine und Stiftungen - nicht leistbar.

INTERREG B Nordsee + Nordwesteuropa
Förderregeln

Wie wird grundsätzlich gefördert?

- Kooperationsprojekte mit Partnern aus mehreren Mitgliedstaaten
- Kleinprojekte (als neue Projektform)
- Piloten oder Demonstratoren als Bestandteil der Projekte





In dieser Förderperiode haben wir als neues Format Kleinprojekte. Dafür reichte es, dass sich drei Partner aus drei unterschiedlichen Staaten mit einem kleinen Volumen und einem sehr spezifischen Thema beteiligen, um die organisatorisch-bürokratischen Hürden zu überwinden. Sehr gern werden auch Piloten oder Demonstratoren in Anspruch genommen. Das ist quasi Pflicht in jedem Projekt.

INTERREG B Nordsee + Nordwesteuropa
Förderregeln

Was kann ich erwarten?

- 3-9 Monate Vorbereitung (Arbeit, Diskussion, Kosten)
- Bildung einer Projekt-Partnerschaft aus ca. 8 – 20 internationalen Partnern (mindestens 3 aus 3 Staaten)
- Ernennung eines Leadpartners, der die „Federführung“ übernimmt
- Unterschiedliche Projektformen
- Einreichung im Rahmen von sog. „Calls“, meistens zweistufig
- Laufzeit: 3 - 5 Jahre
- Gesamtvolumen: 1 - 5 Mio. EUR oder mehr
- Mein Anteil: 100 - rd. 600 T EUR (im Einzelfall mehr)
- Vereinfachungen durch Pauschalen und reduzierte Berichtspflichten



Als Antragsteller muss man schon damit rechnen, dass sich die Vorbereitungsphase in die Länge ziehen kann. Das kann drei bis neun Monate dauern. Man muss sich mit den beteiligten Organisationen abstimmen, Aufgaben und Zuständigkeiten klären. Das erfordert auch einen gewissen

Zeitaufwand. Allerdings werden auch Vorbereitungskosten von 50 000 Euro eingeplant. Das wird dann innerhalb der Partnerschaft aufgeteilt.

Die Projektpartner sollen über eine gewisse Expertise verfügen und sich ergänzen. Der Leadpartner ist für die Antragstellung zuständig und übernimmt auch die spätere Abwicklung und die Beratung der Partner.

Je nach Programm gibt es zwei oder vier Aufrufe jährlich, es gibt bestimmte Fristen, zu denen man sich meist zweistufig - Kurzantrag und Vorantrag - bewerben kann.

Die Laufzeit variiert, in der jüngsten Förderperiode gab es auch Projekte, die über acht Jahre gelaufen sind. Das Volumen kleinerer Projekte liegt bei 1 Million Euro, es kann aber auch schon mal bis 9 Millionen Euro gehen. Man kann sich als Partner mit einem bestimmten Anteil an einem Projekt beteiligen. Wenn man zum Beispiel nur beratend tätig ist, ist der Anteil entsprechend geringer. Wenn man entsprechende Aufgaben übernimmt, kann das Budget auch mehrere Tausend Euro umfassen. Auch hier gibt es Vereinfachungen durch Pauschalen und reduzierte Berichtspflichten.

INTERREG Europe 2021-2027

Interreg Europe
European Union | European Regional Development Fund

Amt für regionale Landesentwicklung
Weser-Ems

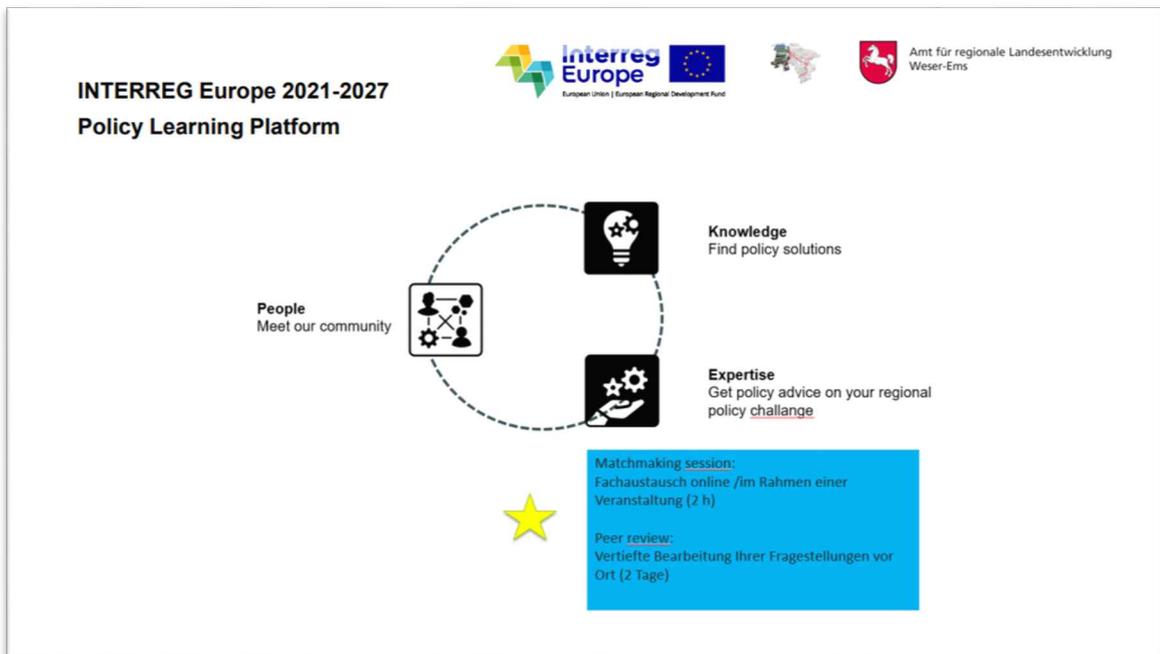
- EU-27
- Norwegen
- Schweiz

Kofinanzierungsrate: 80 %
Budget: 379 Mio. EUR

Dann gibt es das Interreg-C-Programm Interreg Europe. Adressaten sind in erster Linie öffentliche Einrichtungen und Behörden. Die Kofinanzierungsrate ist mit 80 % sehr hoch, ebenso wie das Budget.



Das Programm ermöglicht einen intensiven Erfahrungsaustausch zu allen möglichen Themen, wobei sich diese auf smarte Wirtschaft, den grünen Wandel und inklusive Gesellschaft konzentrieren sollen.



Was gerade für viele Gemeinden und Landkreise interessant ist, ist die Möglichkeit einer kostenfreien Beratung. In einer sogenannten Policy Learning Plattform erarbeitet man bestimmte Fragestellungen regionsspezifisch und sehr lokal. Das kann man online im Rahmen eines Fachaustausches durchführen, aber auch vor Ort, indem man internationale Experten zu sich einlädt und sich dann zum Beispiel mit dem Thema Wiedervernässung beschäftigt.

Ich habe Ihnen im Folgenden wieder ein paar Beispiele mitgebracht.

Projektbeispiele

Interreg Nordsee GRITH - Green Renewable Industrial Transition Hotspots

- Entwicklung von Konzepten, Modellen und Lösungen zur Erhöhung der Energieeffizienz sowie der Produktion, Speicherung und Verteilung erneuerbarer Energien in Industrie- und Gewerbestandorten
- Schaffung von Anreizsystemen in Kreislauf- und nachhaltige Energiesysteme zu investieren

Fördersumme: 3,7 Mio. Euro
Projektlaufzeit: 36 Monate

Deutsche Projektpartner:
Wirtschaftsförderung
Wesermarsch GmbH,
Landkreis Emsland





Amt für regionale Landesentwicklung
Weser-Ems



Bild: Eckhard Berber

Das Projekt GRITH im Nordseeprogramm ist im vergangenen Jahr bewilligt worden. Es geht um das Thema Energiewende in Gewerbegebieten und an Industriestandorten. Das Konsortium arbeitet an der Erhöhung der Energieeffizienz, aber auch an der Frage, wie man die Produktion erneuerbarer Energien an diesen Standorten steigern und die Energie besser speichern und verteilen kann. Das sind Themen, die uns auch politisch sehr bewegen. Insofern ist es auch wichtig, entsprechende Anreize zu schaffen - sowohl für Gebietskörperschaften als Träger der Gewerbegebiete als auch für Unternehmer, die dort angesiedelt sind.

Projektbeispiele

Interreg NWE BUFFER carbon + water in peatlands: landscape-based solutions for climate adaption

- Nachhaltige Wiedervernässung, Wiederherstellung und Erhaltung von Mooren und Gestaltung neuer Landschaften
- Entwicklung neuer oder Ausbau bestehender Geschäftsmodelle zu Klimaschutz und -anpassung
- Bessere Governance in Moorgebieten durch die Einbeziehung von Vertretern aus Industrie, Wissenschaft, Behörden und Gesellschaft in Entscheidungsprozesse

Fördersumme: 9,7 Mio. Euro
Projektlaufzeit: 51 Monate

Deutsche Projektpartner: Hochschule Emden-Leer, HTCL-Innovationsgesellschaft mbH, Ökowerk Emden, Universität Vechta





Amt für regionale Landesentwicklung
Weser-Ems



Bild: Siegfried Zech, ZECH GmbH & Co. KG

Das Nordwesteuropa-Projekt Buffer+ ist ebenfalls kürzlich genehmigt worden. Dort geht es um das Thema Klimawandelanpassung. An diesem Projekt sind auch viele öffentliche Akteure aus

den Niederlanden, Belgien und Frankreich beteiligt. Unterschiedliche Landkreise und Gemeinden können sich daran orientieren und entsprechende Flächen revitalisieren. Es geht dabei nicht nur um Renaturierungsmaßnahmen, sondern auch um die Entwicklung passender Geschäftsmodelle. So können beispielsweise Landwirte von einer entsprechenden Bewirtschaftung der Moore in Form von Paludikulturen profitieren. Die Frage ist auch, wie man die unterschiedlichen Akteure, sowohl öffentliche als auch private und zivilgesellschaftliche, über das Thema Moorschutz insgesamt informieren und dafür sensibilisieren kann. Auf der Folie sehen Sie die Partner aus Weser-Ems. Die HTCL-Innovationsgesellschaft arbeitet an digitalen Modellen und Szenarien. Das Ökowerk Emden ist eine Umweltbildungsstiftung, dort arbeitet man an Torfersatzstoffen, während die Universität Vechta Geschäftsmodelle entwickelt.



Interreg Europe
European Regional Development Fund



**Amt für regionale Landesentwicklung
Weser-Ems**

Projektbeispiele

Interreg Europe PE4 Trans - Public Engagement for Sustainable Public Transport

Öffentliches Engagement für einen nachhaltigen ÖPNV:

- Eruiierung der Hemmnisse zur Nutzung des ÖPNV
- Identifikation und Klassifizierung von Barrieren
- Sensibilisierung der Bevölkerung für die Bedeutung eines nachhaltigen öffentlichen Verkehrs (v.a. Beteiligung von Jugendlichen)
- Erarbeiten von Lösungsvorschlägen

Fördersumme: 1,4 Mio. Euro
Projektlaufzeit: 60 Monate

Deutsche Projektpartner:
Landkreis Grafschaft Bentheim



METMEKAAR
DE ENTWICKLUNG
deiner DEREGION
LAGE, HILFEN, GRASDORF
NACHHAELTIG
VELDHANSEN
FRENSMEGEN
BIMWELLEN
HORNENKORBEN
VEREINE
GEMEINSCHAFT
WIRTSCHAFT
SPORTPLATZ
SHOPPING
DRUGS
NACHHAELTIG

Bild: regionalplan & uvv planungsbüro p. stelzer GmbH

Das letzte Beispiel ist eines für die Zusammenarbeit im Rahmen von Interreg Europe. Dort gibt es eine sehr erfolgreiche Beteiligung des Landkreises Grafschaft Bentheim. Es geht um das Thema nachhaltige Mobilität. Man hat den Nahverkehrsplan des Landkreises unter die Lupe genommen und geschaut, wie man dieses Instrument verbessern kann und welche Lücken, Hindernisse oder Barrieren es insbesondere für Jugendliche und Schülerinnen und Schüler bezüglich der Nutzung des ÖPNV gibt. Eine Reihe von Runden Tischen wurde einberufen, auch mit Schülerinnen und Schülern, um deren Bedarfe zu ermitteln. Diese hat man dann mit den Anbietern des ÖPNV erörtert und entsprechende Lösungsvorschläge entwickelt.
